

Das Doppeldogma: Gewaltfreiheit oder Militanz – ist das eine Frage?

War Heiner Geißler, der Superschlichter und Bahnbauretter von Stuttgart, CDU-Mitglied und erkennbarer Freund geordneter Staatsverhältnisse ein Militanter? Das wird wohl kaum jemand annehmen. Aber was sagt es uns, wenn ein solcher Mensch, der sonst geradezu Inbegriff eines zwar streitlustigen, aber doch eher christlich-konservativen Gutmenschen ist, Gewalt gegen Menschen als eigene Handlungsoption benennt: „Wenn mich einer anfasst, dann schlage ich zurück – und wenn es ein Polizist ist, dann schlage ich zurück. Wenn ich demonstriere, dann übe ich ein Grundrecht aus, dann lasse ich mich nicht anfassen, von niemandem.“ (Geißler nach seinem Attac-Beitritt im Juni 2007 mit Bezug auf den G8-Gipfel)

Geißler Satz sagt viel und wenig. Wenig deshalb, weil sein Motiv im Dunkeln blieb. Viel aber auch, weil hier etwas in Frage gestellt wurde, was meist wie ein Heiligtum behandelt wird: Das Gewaltmonopol des Staates in Einheit mit dem freiwilligen oder erzwungenen Gewaltverzicht der Untertanen. Daher hätte der Satz durchaus ein kleines Beben bei denen auslösen können, für die Geißler auftrat und warb: Attac – neben Bionade die fast offizielle Marke für eine bessere, aber geordnete und eigentlich auch gar nicht so viel andere Welt. Zwar ist die Organisation wegen ihrer offenen Strukturen ein Sammelbecken für viele politische Richtungen, aber die von den zentralen Personen und Gremien verkörperte und verkündete Hauptlinie ist doch ziemlich eindeutig so ausgerichtet. Dass das mentale Beben ausblieb, war ungewöhnlich. Meistens nämlich hat die Gewaltfrage eine paralysierende Wirkung auf politische Zusammenhänge. Kein anderes Thema führt so schnell zu erbitterten Streitdebatten, zu Ab- und Ausgrenzungen oder sogar zu Phantasien, sich mit der anderen Seite (z.B. der Polizei) zu verbünden, um die eigene Position durchzusetzen. Warum erregt Gewalt die Gemüter, während Debatten um konkrete Inhalte und Aktionsformen nur selten intensiv diskutiert werden oder schlicht gar nicht interessieren?

AnhängerInnen der Gewaltfreiheit führen verschiedene Argumente für ihre Position ins Feld. Danach soll eine gewaltfreie Welt nicht mit Gewalt erreichbar sein, d.h. „der Zweck heilige nicht die Mittel“. Es sei deshalb auch so wichtig, diese Frage tatsächlich in den Mittelpunkt zu stellen, weil es kein Mit- oder Nebeneinander von Gewaltfreiheit und Militanz geben könne. Letztere würde erstere immer kaputt machen. Andere halten Gewaltfreiheit schlicht für die wirksamste Strategie. Solche Gründe kann mensch teilen oder nicht. Auffälligste und einmalig unter den vielen Streitthemen der Politszene aber ist die Vehemenz, mit der die Gewaltfrage Emotionen weckt und spaltet, ohne jemals näher begründet zu werden. Meist steht sie wie ein Lehrsatz im Raum.

Was unter die Räder der Gewalt(freiheits)debatte kommt ...

Die Frage der Gewaltanwendung prägt viele Diskussionen und zerstört oft Willen und Chancen zur Gemeinsamkeit. Ist aber die Frage der Anwendung von Gewalt überhaupt ein derart wichtiger Knackpunkt, dass er zum Scheidepunkt werden muss? Diese Frage wird selten gestellt. Meist geraten Gewaltfreiheit oder Militanz – je nach Blickwinkel – zum Inbegriff von richtig und falsch, haben also identitätsstiftende Kraft. Die beiden Auffassungen werden zum Ausschlusskriterium. Wenn es gut läuft, gehen sich die Lager aus dem Weg. Sonst kommt es mitunter zu erbitterten Auseinandersetzungen – zumindest als mediale Zerfleischung vor, während und nach Aktionen.

Um derartige Abgrenzungen und Glaubenskampf-ähnliche Debatten zu legitimieren, müsste Militanz oder Gewaltfreiheit ein dominanter Grundsatz aller politischen Arbeit sein – also sich qualitativ von anderen Fragen, die nicht zu Abgrenzungen führen, unterscheiden. Fände sich kein Grund für diese Sonderstellung, wäre es nicht nur willkürlich, die Gewaltfrage immer wieder zum Knackpunkt zu erheben, sondern auch gefährlich. Denn die erzwungene Dominanz dieser Debatte lenkt von Anderem ab, was mindestens ebenso nötig zu diskutieren wäre, aber oft hinten runterfällt – bei Gewaltfreien, Militanten und vielen Anderen: Nämlich die Frage nach der Qualität von Aktionsformen und -vermittlung, ob nun gewaltfrei oder nicht.

- Wie sehen die Dominanzverhalten und Hierarchien in Gruppen aus, u.a. die CheckerInnen-, Männer- oder Erwachsenen- und -dominanz innerhalb von Aktionsstrategien oder Bündnissen?
- Fördern politische Positionen die Zwangsverhältnisse durch Staat oder Markt?
- Werden Kritiken oder Forderungen so stark populistisch verkürzt, dass die falsche Auslegungen hervorrufen, für rechte Gruppen anknüpfungsfähig sind u.ä.?
- Wieweit reproduzieren Aktionen mit ihrem Hang zu prominenten RednerInnen, Aufrufen im Namen von Gruppen usw. die Normen und Zurichtungen in der Gesellschaft?
- Welche Außenvermittlung hat eine Aktion? Wen erreicht sie wie und mit welchen Positionen?
- Sind die Eingriffe in den Alltag von Menschen, die jede Aktion (auch die gewaltfreie!) mit sich bringt, angemessen und sichtbar begründet?
- Wie können Vielfalt und Qualität von Aktionen verbessert werden, sowohl von der Aktionsmethode her wie auch bei der Vermittlung?

Darum wird selten überhaupt gestritten, zumindest nicht mit der Inbrunst, wie um die Gewalt. Das gilt für gewaltfreie wie für militante Gruppen gleichermaßen. Die Qualität von Aktionen leidet sichtbar darunter. Verdrängt die Fetischisierung von Militanz bzw. Gewaltfreiheit, verbunden mit Gruppenzwang und dem mangelndem Willen, sich eigene Gedanken zu Aktionsformen zu machen, eine vorantreibende Debatte um die Qualität von Aktionen?

Was ist eigentlich Gewalt?

Die Definition ist bereits eine schwierige Sache. Sie wird von Seiten gewaltfreier Aktionsgruppen fast nie genau geklärt. Und das hat Methode. Gewaltfreiheit ist nicht nur ein Ideal, sondern eine Imagefrage und identitätsstiftend für das „Wir“ der Zusammenhänge. Daher wird Gewaltfreiheit auch „verkauft“, wobei Aktionsformen je nach öffentlicher Reaktion als gewaltfrei eingemeindet oder eben ausgegrenzt werden – öffentliche Distanzierungen gewaltfreier Gruppen sind häufig, meist bekanntgemacht gegenüber der bürgerlichen Presse oder dem Staat, denen damit ein erheblicher Vorteil in der öffentlichen Interpretation verschafft wird.

Auffällig ist ein Zusammenhang zwischen Gewaltfrage und PR-Aspekten. So werden Aktionsformen gegen Atomkraft oder Gentechnik, die noch vor einigen Jahren von identitär gewaltfreien Gruppen abgelehnt wurden, heute als gewaltfrei bezeichnet – und zwar deshalb, weil sie in der Öffentlichkeit positiv rüberkamen und sich so imagemäßig gut nutzen ließen. Möglicherweise entstanden sogar dauerhafte Verschiebungen im Gewaltfreiheitsdiskurs – immer aber in der bequemen Sicherheit, sich bei Misserfolgen doch einfach distanzieren zu können. Das gilt z.B. für Gleissabotage oder Genfeldzerstörung. Diese Vorgänge machen deutlich, dass eine besondere Rolle der Gewaltfrage schon aus Definitionsproblemen kaum umsetzbar wäre.

Selbst die Gewalt gegen Menschen unterliegt ständigen Veränderungen. Der Antrieb dieser Wandlungen ist propagandistischer Art: Wahlweise als militant oder gewaltfrei werden Ereignisse dargestellt, wenn mit ihnen geworben oder durch sie abgeschreckt werden soll. Der Aufstand der Zapatistas ab 1994 in Mexiko, die Blockade der WTO-Sitzung 1999 in Seattle oder die Vertreibungen nordafrikanischer Diktatoren durch ihre protestierende Bevölkerung – im Lichte dieser epochalen Ereignisse sonnt sich jedeR gern. Und so werden die gleichen Ereignisse mal als gewaltfrei und mal als gewalttätig dargestellt. Tatsächlich waren sie Mischungen, und die AkteurInnen veränderten ihre Handlungsformen auch im Laufe der Auseinandersetzungen und je nach Notwendigkeit.

Die Debatte um Gewalt klärt den Begriff selten oder nie. Stattdessen erscheinen Gewaltfreiheit und Militanz oft als Modeworte und Label, wobei Aktionsformen je nach öffentlicher Reaktion eingemeindet oder eben ausgegrenzt werden. Zudem ist Gewalt nicht gleich Gewalt. Wer das nicht klärt, blendet einerseits Motive und Ziele des Handelns aus, zudem wird nicht zwischen struktureller Gewalt bzw. Gewalt „von oben“ sowie der Gewalt, die befreiende Ziele hat und sich gegen strukturelle Gewalt richtet (soziale Notwehr), unterschieden. Damit machen sich viele zu ideologischen Hilfstruppen des Staates, der nicht um die Legitimation seiner Gewalt kämpfen muss – er hat das Gewaltmonopol. Wenn Gewalt in jeder Form gleich bewertet wird, gibt es auch keine Unterscheidung mehr zwischen Angriff und Verteidigung, Aggression und Notwehr, Übergriff und Selbstverteidigung.

Gewalt (eine Bildung des althochdeutschen Verbes walten, bzw. waltan – stark sein, beherrschen) bezeichnet von seiner etymologi-

schen Wurzel her das 'Verfügenkönnen über innerweltliches Sein'. Der Begriff hebt ursprünglich also rein auf das Vermögen zur Durchführung einer Handlung ab und beinhaltet kein Urteil über deren Rechtmäßigkeit. Im heutigen Sprachgebrauch wird „Gewalt“ dagegen stark wertend verwendet. Eine allgemein akzeptierte Definition des Begriffs gibt es nicht, da seine Verwendung in Abhängigkeit von dem spezifischen Erkenntnisinteresse stark variiert. Dieses Fehlen einer belastbaren Definition verursacht insbesondere Probleme bei der statistischen Erfassung von Gewaltdelikten. Assoziierte Termini sind heute vor allem Aggression, Machtmissbrauch, Körperkraft oder Zwang. Gewalt ist in diesem Sinne definiert als Einwirkung auf einen anderen, der dadurch geschädigt wird. Als Gewaltformen werden psychische oder physische, personale oder strukturelle, statische oder dynamische sowie direkte oder indirekte unterschieden. Ein enger, auch als „materialistisch“ bezeichneter Gewaltbegriff beschränkt sich auf die zielgerichtete, direkte physische Schädigung einer Person, der weiter gefasste Gewaltbegriff bezeichnet zusätzlich die psychische bzw. verbale Gewalt, teilweise auch den Vandalismus und in seinem weitesten Sinn die „strukturelle Gewalt“. Wesentliche Anwendung findet der Begriff „Gewalt“ in der Staatsphilosophie, der Soziologie und der Rechtstheorie.⁹

Aus der Definition ergeben sich bereits mehrere Schwierigkeiten für eine Praxis von Protest. Wenn alle Zwangsmomente als Gewalt gewertet würden, bliebe gar keine Handlungsoption mehr offen außer der direkten Überzeugung von Menschen, also auch der Privilegierten und MachtinhaberInnen. Das aber dürfte gerade dann, wenn kein weitergehender Handlungsdruck aufgebaut werden könnte und das der Person, die für eigene Ideen gewonnen werden soll, auch bekannt ist, selten zum Erfolg führen. Außerdem ist schon fraglich, ob der direkte Kontakt überhaupt hergestellt werden kann. Politischer Protest vermittelt sich meist über öffentliche Wirkung, mediale Berichterstattung und mitunter auch direkte Einwirkung, selten aber als Überzeugungsarbeit im netten Gesprächsrahmen. Ob gewollt oder nicht, vollziehen PolitikerInnen, Firmenleitungen und Verbandsführungen öffentlichen Druck in ihrem Verhalten nach, wenn sie das für opportun halten. Dafür bedarf es keines direkten Kontaktes. Öffentlicher Druck aber wäre nach der erweiterten Definition schon Gewalt.

Ein zweiter Problempunkt ist die Frage von Gewalt gegen Sachen. Es ist noch nicht lange her, da war diese in vielen gewaltfreien Kreisen auch verpönt. Heute ist sie weitgehend akzeptiert – obwohl jeder Angriff auf Sachen einen psychischen Druck auf die dahinterstehenden Menschen, z.B. deren EigentümerInnen, ausübt. Das ist in der Regel auch gewollt. Somit lässt sich sagen: Im erweiterten Sinne des Gewaltbegriffs ist jede politische Aktion Gewalt. Das gilt auch umgekehrt: Ob eine Polizeieinheit nun prügelt oder in der verschleiernenden Frage „Gehen Sie freiwillig?“ die Androhung von Gewalt unübersehbar enthalten ist, spielt beim erweiterten Gewaltbegriff keine Rolle. Beides ist eine Beeinflussung, die den Gegenüber zu einem Handeln bringen will, das er nicht freiwillig zeigt. Insofern bleibt zumindest in der politischen Debatte meist recht unklar, was denn eigentlich Gewalt bedeutet – und welche Protestform noch gewaltfrei ist und welche nicht mehr.

⁹ Quelle dieses Absatzes einschl. der Links: www.bastardserver.cz/de/Anarchismus

Trotzdem: Gewalt als zentraler Punkt – pro und contra

Es mag viele Gründe geben, in den Debatten über passende oder gewollte Aktionsformen auch alle Aspekte der Wirkung von Gewalt zu diskutieren und zu berücksichtigen. Im Sinne emanzipatorischer Aktionskultur ist es auch selbstverständlich, dass Menschen für sich Grenzen ziehen, die ihren Überzeugungen, Bedenken oder vorhandenen Ängsten entsprechen. Doch aus nichts leitet sich die seltsame Überhöhung der Bedeutung der Gewaltfrage ab. Trotzdem bildet sie für viele politisch Aktive und ganze Strömungen und Verbände den zentralen Orientierungspunkt – und zwar nicht nur, wie vielleicht manche beim Lesen dieser Sätze denken mögen, auf Seiten der Gewaltfreien. Nein, auch der Militanzfetisch auf Seiten gewaltbereiter Gruppen schiebt die gleiche Frage (wenn auch mit entgegengesetzter Antwort) in den Mittelpunkt, und zwar ebenfalls identitätsstiftend. Im Folgenden sollen die Argumentationsmuster und die mit der Gewaltfrage verbundenen Hegemonialansprüche dieser zwei Strömungen aufgezeigt werden, die beide aus der Gewaltfrage einen Fetisch machen, wenn auch mit so unterschiedlichem Ergebnis.

Vergleich Gewaltfreie
Aktion und Direct Action:
www.
projektwerkstatt.
de/debatte/
kritikanlinks/
gewaltfreieaktion.html



Die Argumente pro Gewaltfreiheit – und was davon zu halten ist

Ohne Kenntnis der konkreten Situation und Rahmenbedingungen über Aktionsstrategien zu diskutieren, ist per se absurd. Denn vielen wichtigen Kriterien wie dem der Angemessenheit oder des kreativen Umgangs mit den Gegebenheiten fehlt dann der Maßstab, zudem würde das bereits beschriebene Problem verschärft, die Form zu Lasten des Inhalts überzubetonen. Das Ergebnis wären pauschale, nicht konkret begründbare Einschränkungen eigener Handlungsfähigkeit sowie dogmatische Kriterien und Grenzen der Tätigkeit. Daher soll an dieser Stelle auch kein Pro und Contra von Gewaltfreiheit bzw. Militanz aufgemacht werden. Alle vielleicht irgendwann mal geltenden Punkte aufzuzählen, die für oder gegen Gewaltanwendung sprechen, wäre unmöglich – es sind zuviele. Denn je nach Situation kann sehr viel dafür sprechen, den Angriff auf Personen oder sogar auf Sachen als unangemessen, inhaltsleer, falsche Ziele vermittelnd oder zu gefährlich zu verwerfen. Es kann aber auch etliche Gründe geben, in anderen Situation anders zu entscheiden.

Hier geht es daher um die Frage, ob die Gewaltfrage so bedeutend ist, dass sie zu der oder einer der grundlegenden Fragen gemacht werden sollte, an denen sich die Frage von Aktionsstrategien oder Bündnissen entscheidet. Es beginnt mit den Argumenten, die vorgebracht werden, um Gewalt immer, überall und unabhängig von den vorgefundenen

Bedingungen und sonstigen Handlungsmöglichkeiten auszuschließen. Also auch dann (wie oft auch immer das vorkommt), wenn nichts Anderes mehr bliebe als die Wahl zwischen Feigheit (Nichtstun) und Gewalt – also der Moment, wo die vermeintliche Gewaltfreiheits-Ikone Gandhi zur Gewalt raten würde (siehe S. 260).

Pro Gewaltfreiheit, zum ersten: Der Weg muss dem Ziel entsprechen

„Wir können eine gewaltfreie Welt nicht mit Gewalt erreichen“, wird die Forderung nach gewaltfreier Aktion oft begründet. Gleichbedeutend wären: Der Zweck heiligt nicht die Mittel, oder: Wer gegen Gewalt ist, darf sie nicht anwenden. Dieses Argument klingt zunächst plausibel.

Aus „Gewaltfreie Aktion“, in: „Hilfreiches für Aktive“ zur Aktion 2008 in Büchel

Die Gewaltfreie Aktion zeigt sich dadurch, dass Druckmittel (Kräfte) eingesetzt werden, ohne physische Gewalt anzuwenden oder anzu-drohen. ... Grundhaltung ist die absolute Achtung der menschlichen Person. Die angewendeten Methoden müssen mit der Grundhaltung und dem Ziel übereinstimmen. Das bedeutet sowohl den Ausschluss personenverletzender Gewalt als auch den Verzicht, den/die GegnerIn abwertend oder diskriminierend zu behandeln.

Ralf Burnicki, „Die anarchistische Konsensdemokratie“, Transkription eines Videos von O. Ressler (aufgenommen in Bielefeld, Deutschland, 29 Min., 2005)

Auch in anarchosyndikalistischen Zusammenhängen wie in gewaltfreien Zusammenhängen gilt der Satz, dass das Ziel der Revolution, nämlich Freiheit und Gleichberechtigung, auch in den Mitteln dieser Revolution sich wieder finden sollen. Diese Mittel können also nicht auf Gewalt beruhen, weil Gewalt kein Ziel in einer anarchistischen Gesellschaft darstellt.

Aus Dreis, Ralf: „Anarchistische Bombenleger?!“, in: Graswurzelrevolution März 2011 (S. 17)

Wer die Mittel der Bestie, gegen die er kämpft, übernimmt, wird ein Teil von ihr.

Bei näherer Betrachtung ist alles wenig gehaltvoll. Zum einen fehlt eine Begründung der Behauptung, Weg und Ziel müssten übereinstimmen. Meist wird sie als sich selbst begründendes Axiom hingestellt, das keiner zusätzlichen Begründung bedarf. Das aber ist schon als solches fraglich, denn jede strategische Position muss hinterfragbar und zu diesem Zweck überhaupt erstmal begründet sein. Sonst wird sie zum reinen Bekenntnis, also einer religiösen Überzeugung ähnlich.

Zweitens würde die Gleichschaltung zwischen Strategien im Hier und Jetzt mit dem Verhalten in einer zukünftigen Gesellschaft zu einer seltsamen Erstarrung führen. Taktische, kreative und subversive Mittel würden weitgehend wegfallen. Eine herrschaftsfreie Welt wird vor allem eine kommunikative sein – muss dann der heutige Protest auch auf Dialoge begrenzt sein, auch wenn von den Herrschenden niemand zuhört? Ein Blick auf die Praxis der Gewaltfreien zeigt, dass sie (zum Glück) ihr Axiom von Weg und Ziel selbst nicht ernst nehmen – sie machen häufig Aktionen, die in ihrer Utopie nicht nötig, passend oder

möglich wären. Die Grundaussage, Ziel und Mittel müssten immer im Einklang stehen, führt sich nämlich schnell selbst ad absurdum, wenn sie mit anderen Inhalten gefüllt würde: Darf Umweltschutz nur auf umweltgerechte Art und Weise durchgesetzt werden? Dann dürfte es schwierig sein, überhaupt noch zu agieren, denn jeder Verbrauch von Ressourcen ist eine Umweltbeeinträchtigung. Kann eine herrschaftsfreie Welt nur erreicht werden über Strukturen, die herrschaftsfrei sind? Der Wille und Versuch dazu sind durchaus wichtig, aber ihre vorherige und vollständige Erfüllung als Voraussetzung zu nehmen für politische Aktion hieße, nicht mehr agieren zu können.

Zum Dritten widerspricht eine dogmatische Gewaltfreiheit dem Ruf nach Angemessenheit von Aktionen. Dieser wird aber auch im Lager der Gewaltfreien erhoben. Beeindruckend deutlich wurde der Widerspruch im sogenannten Aktionskonsens zu den Protesten gegen „Stuttgart 21“. Dort wurde beides gefordert: „Bei unseren Aktionen des Zivilen Ungehorsams sind wir gewaltfrei und achten auf die Verhältnismäßigkeit der Mittel.“ Die Verbindung aber klappt nicht. Entweder ich lege eine Aktionsform dogmatisch fest oder ich entwickle sie aus den Verhältnissen vor Ort, meinen Zielen und Möglichkeiten. Eine Torte im Gesicht als symbolische Aktion kann verhältnismäßig, nicht aber gewaltfrei sein.

Emanzipatorische Positionen zu verwirklichen, ist überall wichtig – in jeder politischen Aktion, in Gruppen und im Alltag. Ihre Verwirklichung aber bereits als Voraussetzung einzufordern, macht politisch handlungsunfähig. Gewaltfreie Gruppen fordern das auch gar nicht. Sie wollen allein, dass die Gewaltfreiheit als Dogma bewertet wird.

Aus Lou Marin, „Wir kämpfen nicht für Demokratie“, in: GWR Sommer 2011 (S. 18)

Hier soll daran erinnert werden, dass der Kern sowohl der Gewaltfreiheit als auch des zivilen Ungehorsams eine – auch von Sternstein selbst immer wieder beschworene – sogenannte Ziel-Mittel-Relation ist, die sich umgangssprachlich in den Slogans „Das angestrebte Gesellschaftsziel muss sich in den angewandten Mitteln ausdrücken“ oder „Der Weg ist das Ziel“ widerspiegelt. ...

So eindeutig das klingen mag – es ist es nicht. Denn der Begriff Ziel-Mittel-Relation hat keine eindeutige Auslegung. Es wäre ebenso denkbar, daraus abzuleiten, dass das Mittel dem Ziel entsprechen muss, also geeignet sein muss, dem Ziel näher zu kommen oder es zu erreichen. Das wäre dann die Grundlogik emanzipatorischer Widerstandsstrategien, bei der Menschen selbst denken, d.h. eigene Abwägungen vornehmen statt sich einem Dogma zu unterwerfen (wie im Konzept von „Direct Action“).

Zum Vergleich siehe Ideen zu „Direct Action“ unter www.direct-action.de.vu



Pro Gewaltfreiheit, die zweite: Gewaltfreiheit ist die wirksamste Strategie

Mit dieser oder ähnlich formulierten Aussagen wird behauptet, dass politische Wirkung von der Tatsache der Gewaltfreiheit ausgeht. Als

Beispiel wird oft M. Gandhi angeführt, ohne auf die konkreten historischen Umstände und sich nicht automatisch wiederholende Vorgänge (z.B. die Berichterstattung der Massenmedien damals) zu schauen. Tatsächlich spricht nämlich wenig dafür, dass dieses Einzelereignis beliebig verallgemeinerbar ist. Gewaltfreie Bewegungen werden eher marginalisiert – siehe z.B. oppositionelle Gruppen in Jugoslawien bzw. den ex-jugoslawischen Staaten, deren Existenz meist nicht einmal bekannt wurde, während als AkteurInnen immer wieder die verschiedenen gewaltorientierten Gruppen (NATO, jugoslawische Regierung, UCK usw.) in der Öffentlichkeit wahrgenommen wurden. Ähnliches gilt auch für den bewaffneten Widerstand international, z.B. der Zapatistas in Chiapas, die gegenüber nichtbewaffneten Aufständen wesentlich mehr Aufmerksamkeit erhielten (vergleiche z.B. die Intercontinental Caravan von indischen BäuerInnen Mitte 1999, die in der Presse und politischen Debatte kaum vorkam).

Die politischen Auseinandersetzungen der letzten Jahre zeigen eher, dass vielfältige Aktionskonzepte die höchste Aufmerksamkeit und Mobilisierungswirkung erreichen – offenbar auch deshalb, weil dann viele Menschen ihren passenden Bezug zur Aktion finden können. Die rein militante, aber inhaltslose Aktion (z.B. 1. Mai in Berlin) ist genauso wenig geeignet, politische Wirkung zu erzeugen (wird eher als Randalie dargestellt, ohne politische Ziele transportieren zu können) wie die gewaltfreie Aktion.

Gewaltfreiheit als Ausdruck demokratischer oder rechtskonformer Gesinnung

Lässt sich durch den Verzicht auf bestimmte Formen des Protest eine ideologische Gesinnung ausdrücken? Was bedeutet es, wenn diese sich positiv auf das herrschende System bezieht – also just auf das, welches die Missstände produziert, gegen die sich der Protest richtet?

Die Fragen stehen, so absurd sie zunächst klingen, im Raum. Denn in der Tat begründen viele gewaltfreie Zusammenhänge ihren Verzicht auf Gewalt mit einem Bekenntnis zu demokratischen oder rechtsstaatlichen Vorgaben.

Aus Wolfgang Hertle, „Plädoyer für zivilen Ungehorsam“, in: Friedensforum 2/2008 (S. 43)

Gewaltsame Auseinandersetzung von Demonstranten mit der Polizei hat dieselbe fatale Wirkung auf die Öffentlichkeit, ob sie entsteht, weil sich die Gegenseiten magnetisch anziehen oder ob durch gezielte Provokation: durch den spektakulären Schlagabtausch wird die Gewalt zum ausschließlichen Thema und verdeckt das ursprüngliche Anliegen. Beide Kampfparteien sehen das Unrecht nur auf der jeweiligen Gegenseite und rechtfertigen damit ihre eigenen Handlungen. ... Gewalt macht blind, ihr autoritärer Charakter steht in völligem Gegensatz zum demokratisch-gewaltfreien Ziel der Selbstbestimmung. ... Wir haben nichts zu verbergen, wollen bewusst weder Konspiration noch Vermummung. Wir stehen zu unseren Aktionen, wir wollen überzeugen und uns notfalls mit unserer ganzen Person gegen die organisierte Gewalt stellen.

Bundjugend-Hessen-Vorständler Adrian im AktivInfo Febr./
März 2001

Aus drei Gründen halte ich Aktionen gegen die Castor-Transporte dennoch für nicht in unserem Sinne:

Erstens: Wenn wir unterstellen, die Castor-Transporte seien unsicher – und sie sind es –, müssen wir das Risiko, das mit ihnen verbunden ist, nicht noch dadurch steigern, dass wir Terroristen und Systemfeinde die Möglichkeit geben, unter dem Deckmäntelchen unserer Aktionen diese Gefahr noch zu steigern. Es ist bereits geschehen, dass während Anti-Castor-Aktionen Schienen unterhöhlt wurden und ähnliches. Ich muss schon fragen: Wollen wir wirklich die Gefahr der Kernkraft demonstrieren, indem wir Unfälle provozieren? Das kann nicht sein!

Zweitens: Jeder Widerstand, den Umweltschutz und Terroristen – Systemfeinde, die dies lediglich als Scheinlegitimation nutzen – gegen die Castor Transporte leisten, führt einen Bedarf an staatlichem Aufwand zum Schutze dieser Transporte mit sich. Dies kostet Geld, und zwar das Geld aller Bürger, auch unseres. ...

Drittens: In der Regel laufen Aktionen von Umweltschützern unter dem Begriff Widerstand. Das Grundgesetz – und einzig hierauf kann man sich berufen, will man nicht den Weg der Illegalität beschreiten – spricht jedem Deutschen auch das Recht auf Widerstand zu. Widerstand allerdings lediglich gegen systemwidrige Entscheidungen oder systemfeindliche Personen, und auch das erst dann, wenn die staatlichen Organe zur Abwehr dieser Systemfeinde außerstande sind.

Dieter Rucht¹ im Film „Gipfelstürmer und Straßenkämpfer“ (Laika-Verlag, 2011)

Gewalt in unserem demokratischen Rahmen ist kontraproduktiv.

Eine pauschal legalistische Argumentation ist aus etlichen Gründen abwegig. Zum einen ist die Rechtsordnung selbst schon keine aus höheren Quellen stammende und damit übergeordnet gültige Setzung. Vielmehr ist sie Ausdruck der politischen Auffassung derer, die sich durchzusetzen vermochten. Recht ist also immer das Recht der Stärkeren. Die lebten zudem in der Vergangenheit, denn die meisten Gesetze sind recht alt. Sich auf eine solche Rechtsordnung positiv zu beziehen und eigene Handlungen diesen zu unterwerfen, bedeutet eine bedingungslose Akzeptanz der Dominanz derer, gegen die sich Protest richtet (direkt oder indirekt).

Zum anderen wäre eine allgemeine Akzeptanz so pauschal, dass sie auch die vielen Gesetze als Grundlage annimmt, die z.B. die Nationalsozialisten geschaffen haben, um die Juden aus der Gesellschaft zu drängen, und die noch immer gelten. So ist etwa das Rechtsberatungsgesetz, welches dazu diente, jüdische Anwälte an der Arbeit zu hindern, erst vor wenigen Jahren entschärft worden. Vergewaltigung in der Ehe war bis in die 90er Jahre hinein nicht strafbar, ca. ein Viertel der Strafparagrafen handelt von der Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole – wer will sich auf solche Gesetze positiv beziehen? Wer Recht

¹ Zu Dieter Rucht: Er tritt ständig als unabhängiger Bewegungsforscher auf, während er tatsächlich einseitige Positionen und auch bestimmte Organisationen vertrat (wie Attac oder die Bewegungsstiftung, in denen er Funktionen innehatte). Damit konnte neben den Organisationen selbst immer noch eine schein-neutrale Person die gleichen Positionen benennen.

prinzipiell als Handlungsgrundlage setzt, spricht es heilig. Dann aber wäre nicht erklärt, warum es doch immer wieder geändert wird – immerhin in manchen Fällen aufgrund entsprechenden sozialen Protests.

Zu alledem kommt hinzu, dass keine auf der Welt gültige Rechtsordnung sich gegen Gewalt ausspricht. Vielmehr teil sie in legale und nicht legale Gewalt. Wer eine Person umbringt und damit nicht als Scherge des Staates handelt, wird eingesperrt, nach aktuellem Zeitgeist gleich mehrere Jahrzehnte mit anschließender Sicherungsverwahrung, also praktisch lebenslang. Wer hundert Menschen tötet und das in Uniform vollbringt, erhält Orden. Recht und Gewaltfreiheit haben wenig miteinander zu tun oder sind sogar das Gegenteil.

Ähnlich verhält es sich mit der Demokratie. Es sind die demokratischen Staaten, die per wirtschaftlicher Ausbeutung oder schlichtem Bombenwerfen große Teile der Erde unterworfen haben. Fast 1 Milliarde hungernde Menschen oder Millionen Hungertote sind nicht undemokratisch, sondern Wirkung demokratischen Regierungshandelns. Es ist eine Propagandalüge, dass Demokratie als Staats- oder Gesellschaftsform etwas mit der Selbstbestimmung der Bevölkerung zu tun hätte. Das ist weder im Begriff noch im Wesen oder in der Praxis der Demokratie so angelegt. Besonders absurd wird es, wenn AnarchistInnen sich auf demokratische Protestformen festlegen und das auch noch ideologisch begründen.

*Aus der Jugendzeitung „Utopia“, Ausgabe Nr. 1 / Herbst 2007²
Die Gewalt wurde von den Organisator/innen sowie von der überwältigenden Mehrheit der Anwesenden abgelehnt. Doch die Gewaltszenen beherrschten die Wahrnehmung in den Medien. Somit wurde der Protest für eine friedlichere, demokratischere, sozialere und ökologischere Welt von einigen wenigen Militanten und den Medien weniger glaubwürdig gemacht. Zudem wurde den Repressionen und Sicherheitsmaßnahmen im Vorfeld ein Rechtfertigungsgrund gegeben.*

Dahinter steht oft eine naive Herrschaftsanalyse. Die Macht werde gut, wenn sie gewaltfrei ausgeübt wird. Damit wird ausgeblendet, dass in einer herrschaftsförmigen Welt nicht nur die Gewalt monopolisiert ist, sondern auch der Diskurs, was Gewalt ist und welche Gewalt legitim ist. Das lässt sich nicht trennen, auch wenn zum naiven Bekenntnis zur Gewaltfreiheit an die gute, weil gewaltfreie Macht gehört: „Kein Gewaltmonopol sondern gewaltfreie, soziale Machtausübung“, phantasierte Jan Stehn in seine romantischen Anarchiewelten.³

Kommen wir zum dritten Argument: Gewalt und Militanz beeinflussen das Image politischer Aktionen

Das ist kaum zu bestreiten. Allerdings gibt es zwei gewichtige Aspekte, die dem Argument seine Relevanz nehmen. Der erste ist, dass Militanz

² Download: www.graswurzel.net/utopia/UtopiaNr1.pdf

³ Quelle: Stehn, Jan (1995): „Eine Struktur für die Freiheit“

oft das öffentliche Interesse und damit eine Imagebildung überhaupt erst schafft – wenn auch in der Regel negativ. In etlichen Fällen konnte diese öffentliche Aufmerksamkeit anschließend für eine inhaltliche Debatte genutzt werden. Dass das nicht häufiger geschieht, liegt nicht an der Gewaltanwendung als solcher, sondern an Inhaltslosigkeit und Unorganisiertheit so agierender Gruppen. Eine weitere Ursache bildet die Tatenlosigkeit Anderer, die öffentliche Debatten in der Folge von Militanz nicht für die Vermittlung von Inhalten nutzen. In jedem Fall gilt, dass es heute meist um die Frage geht: Kein Image oder ein schlechtes, letzteres allerdings zunächst nur in den Augen der Herrschenden. Das ist wenig überraschend – angesichts der aktuellen Politik trifft Widerstand auf die Abwehrreaktion der zur Zeit Mächtigen in Politik, Wirtschaft und Medien. Dennoch vertrat z.B. der meist als „Wissenschaftler“ auftretende Verbandsfunktionär Dieter Rucht über die Globalisierungskämpfe des Jahres 2001, die immerhin den Beginn der massiven Proteste auch in Europa darstellten und Kapitalismuskritik aus der Versenkung holten, die Auffassung, alles sei „vom Auftreten gewalttätiger Demonstranten und/oder der Polizeigewalt überschattet“ worden. Dem widersprach Markus Wissen, der den Gründungshype z.B. um Attac sehr wohl gerade mit der Militanz von Göteborg und Genua begründete: „Das weniger radikale globalisierungskritische Spektrum wurde nicht zuletzt durch eine praktisch gewordene radikale Kritik in das Wahrnehmungsfeld bürgerlicher Öffentlichkeit gespült.“⁴

Das zweite Gegenargument lautet, dass das öffentliche Image gar nicht das entscheidende Ziel politischer Arbeit ist, weil es sich an der Gruppe bzw. dem Verband und nicht an der Aktion festmacht. Das Image einer Gleisdemontage verändert sich nämlich nicht durch die Durchführung derselben. Die damit transportierte Forderung z.B. nach Abschaltung der Atomanlagen oder Stopp der Atommülltransporte wird nicht verdeckt. Imageverluste müssen, wenn überhaupt, die beteiligten Personen oder Gruppen in Kauf nehmen. Sie, nicht ihre Forderung, wird öffentlich diskutiert und eventuell diskreditiert. Das kann bedauerlich sein. Ein positives Image für Gruppen oder Verbände aber darf ebenso wenig Selbstzweck von politischer Aktion sein wie Ehre für die Mitwirkenden. Zudem schafft manche Distanzierung erst die öffentliche Wahrnehmung, dass Gruppen zusammenhängen, d.h. das Problem wird durch sie erst geschaffen.

Hinzu kommt, dass schon die Grundannahme, Gewalt/Militanz könnten imageschädigend sein, sehr fragwürdig ist. Wer macht Image? Wenn sich eine Gruppe z.B. durch Mitwirkung bei Anti-Kriegs- oder Anti-Castor-Aktionen bei den Herrschenden (Regierungen, Medien, Konzerne usw.) unbeliebt macht, so wäre das nur dann bedauerlich, wenn die Gruppe es als Ziel hat, dort beliebt zu sein. Das, nicht die militante Aktionsform, wäre dann zu hinterfragen.

⁴ Markus Wissen u.a., „Vom Gebrauchswert radikaler Kritik“, in: Frank Bsirske u.a., „Perspektiven!“, VSA-Verlag Hamburg 2004 (S. 203)

Aus Dieter Rucht: „Zwischen Strukturlosigkeit und Strategiefähigkeit – Herausforderungen für die globalisierungskritischen Bewegungen“, in: E+Z – Entwicklung und Zusammenarbeit (Nr. 12, Dezember 2001, S. 358-360)⁵

... andere wurden vom Auftreten gewalttätiger Demonstranten und/oder der Polizeigewalt überschattet (Göteborg, Prag und Genua)

*„fang“ in Attac! Attac? in Graswurzelrevolution März 2002 (S. 2)
... nach dem militanten Desaster von Genua ...*

Graswurzelrevolution-Autor Wolfgang Sternstein in einer Polemik gegen offensive Gerichtsprozesse am 3.5.2011

Was nützt und was schadet dem Widerstand gegen S 21?

Ich war am 3. Mai bei der Verhandlung vor dem Amtsgericht Stuttgart gegen zwei Aktivisten wegen der Baggerbesetzung am Nordflügel. Bevor diejenigen, die meinen, sie brauchten die Kritik eines „bürgerlichen Schleimers“ nicht zu beachten, möchte ich zu bedenken geben, dass ich 35 Jahre meines Berufslebens mit gewaltfreiem Widerstand gegen Atoanlagen und Atomwaffen zugebracht habe, mehr als ein dutzendmal wegen Aktionen des zivilen Ungehorsams vor Gericht stand, neunmal im Gefängnis war, weil ich die Geldstrafen nicht bezahlte, insgesamt 14 Monate. Ich weiß also, was ich sage, wenn ich feststelle, dass das, was ich als Zuhörer in der Verhandlung erlebte, mit gewaltfreiem Widerstand in der Tradition Thoreaus, Gandhis und Kings rein gar nichts zu tun hat. Ich bezweifle auch, dass Gerichtsverhandlungen wie diese den gewaltfreien Widerstand gegen Stuttgart 21 stärken und darum geht es uns doch hoffentlich.

Ich war vom Verhalten der angeklagten Aktivistin und einiger Zuhörer derart angewidert, dass ich nach einer Stunde den Gerichtssaal verließ. Ich kann deshalb nicht sagen, wie die Verhandlung ausging. Die Aktivistin, eine junge Französin, fiel der Richterin ständig ins Wort und versuchte, die Gerichtsverhandlung in ein Kasperletheater umzufunktionieren. Einige Personen unter den Zuhörern störten die Verhandlung durch Zwischenrufe sowie durch Missfallens- und Beifallsbekundungen.

Unbegreiflich war für mich allerdings auch das Verhalten der Richterin. Sie lehnte die Anträge, zwei Frauen als Rechtsbeistände zuzulassen mit dürftiger Begründung ab. Darauf legten die Angeklagten Beschwerde ein, die ebenfalls abgelehnt wurde, desgleichen ein Antrag der Aktivistin auf Aussetzung des Verfahrens bis zur Entscheidung des Landgerichts über die Beschwerde. Ich bin ziemlich sicher, dass das Landgericht der Beschwerde stattgeben und die Verhandlung wegen Verfahrensmängeln zur Neuverhandlung an das Amtsgericht Stuttgart zurückverweisen wird.

Da die Richterin aber offenbar der Meinung war, sie müsse die Gerichtsverhandlung durchziehen, hätte ich sie gewähren lassen, denn zum gewaltfreien Widerstand gehört der Respekt vor dem politischen Gegner, den Gerichten und der Polizei selbst dann, wenn wir uns weigern, den Anweisungen von Polizeibeamten Folge zu leisten. Auch sollte die Strafe, sofern sie nicht ganz unverhältnismäßig ist, klaglos hingenommen werden. Ungebührliches Betragen, Beleidigungen, Beschimpfungen, ganz zu schweigen von Gewalthandlungen gehören aber mit Sicherheit nicht zum gewaltfreien Widerstand. Sie schwächen unsere Widerstandsbewegung und ich glaube nicht, dass die Angeklagten das wollen.

⁵ www.inwent.org/E%2BZ/1997-2002/ez1201-6.htm

Aus diesem Grund möchte ich an unseren Aktionskonsens erinnern und einen Abschnitt daraus zitieren: „Bei unseren Aktionen des zivilen Ungehorsams sind wir gewaltfrei und achten auf die Verhältnismäßigkeit der Mittel. Unabhängig von Meinung und Funktion respektieren wir unser Gegenüber. Insbesondere ist die Polizei nicht unser Gegner. Bei polizeilichen Maßnahmen werden wir besonnen und ohne Gewalt handeln.“ Es wäre gut, wenn wir uns auch künftig an diesen Aktionskonsens halten würden.

Ein bekanntes Beispiel für die Frage, ob Militanz andere Protestformen beeinträchtigt, bot die große G8-Auftaktdemo am 2. Juni 2007 in Rostock. Machte hier das – fraglos ziemlich strategielose und blinde – Steinewerfen eine ansonsten tolle Demo kaputt? „Am 2. Juni abends hätten wir Protestierer die Fernsehschirme der Welt für uns gehabt. Statt aber über Schuldenerlass, eine gerechtere Nord/Süd-Politik bei Handel, Finanzen, Umwelt oder Ressourcennutzung zu informieren, haben die Medien Bilder von der Gewalt in Rostock um die Welt geschickt.“ So steht es im Entschuldungs-Kurier Extra 1/2007. Doch stimmt das? Ein Blick acht Jahre zurück zeigt anderes. Damals lief der G8-Gipfel auch in Deutschland, ausgerichtet in Köln. Randalen, aber auch – typisch für deutsche soziale Bewegung – kreative Aktionen waren Fehlanzeige. Stattdessen dominierten Herumlatschen, Zuhören bei wichtigen Leuten in organisations-quotierter Reihenfolge das Hochhalten von Werbeschildern für eigene Verbände. Resonanz: Null. Die Randalen acht Jahre später in Rostock war inhaltsleer und langweilig. Der Rest der Demo auch. Die Randalen verdrängte also keine Inhalte, weil diese auf allen Seiten ebenso fehlte wie interessante Aktionen!

Etwas anderes ist noch wichtig: Alles beeinflusst sich. Das Argument zieht deshalb grundsätzlich nicht. Nicht allzu selten ist es sogar genau umgekehrt: Die zähe Debatte um Gewaltfreiheit, verbunden mit einem Hegemonieanspruch der Gewaltfreien, bremst Kreativität und Handlungsfähigkeit aus. So gab es in der Vorphase der Zuspitzung um den Konflikt von „Stuttgart 21“ an vielen Orten Debatten, wie sich Militanz verhindern ließe. Statt Aktionsmethoden zu entwickeln, die Vielfalt erlauben würden (Vorbild: Streckenkonzept beim Castor), ging die Angst um. Der Anspruch der Gewaltfreien, ihre Position zur Dominanten zu machen, lastete permanent wie Blei auf der Bewegung. Ohne die Entschlossenheit vieler DemonstrantInnen hier herabwürdigen zu wollen: Ein Feuerwerk an Unberechenbarkeit und Kreativität war der Protest nicht.

Pro Gewaltfreiheit, die Vierte:

Wie es hineinruft, so schallt es heraus

Bleibt noch ein weiteres, häufig vorgebrachtes Argument: Gewalt erzeuge Gegengewalt. Auch das ist in vielen Fällen zutreffend. Aber ist es deshalb ein Argument? Nein, im Gegenteil: Pauschal formuliert ist die Behauptung sogar reaktionär. Was denken KleinbäuerInnen, die von bewaffneten Milizen von ihrem Land vertrieben wurden, über eine solche Parole? Oder Betroffene rassistischer oder sexistischer Gewalt? Sollen sie, um Schlimmeres zu verhüten, passiv oder nur mit gewaltfreiem

Protest die Übergriffe erleiden? Das wird wohl niemand verlangen – aber in einer pauschalen Gewaltfreiheit steckt diese Konzeption drin.

Armin Torbecke, früher Aktivist in der Jugendumweltbewegung, später im esoterischen Lebensgarten Steyerberg, in: GrünDerZeit Februar 2002 (S. 14)

Um zu erreichen, dass die eigenen Interessen erfüllt werden, ist es nicht sehr hilfreich, anderen Vorwürfe zu machen. Meist erreicht man damit das genaue Gegenteil, nämlich Ablehnung und Widerstand, statt Entgegenkommen und bereitwilliger Unterstützung. ... Auf Gewalt mit Gewalt zu reagieren, führt nur zu noch mehr Gewalt! Das lehren die Menschheitsgeschichte und die Weisen aus allen Kulturen. Und das ist nicht der Weg der Mediation. Mediation ist meines Erachtens die tiefste Form von Demokratie und die radikalste Anarchie.

Doch auch in einer differenzierteren Form hat das Argument keine pauschale Kraft. Vielmehr muss je nach Situation und Zielrichtung abgewogen werden, was wann passend ist. Schließlich wäre nicht einmal die Position, auf keinen Fall die Gewalt der anderen Seite zu provozieren, ideologisch begründbar. Es wird meist sinnvoll sein, aber es kann auch andere Situationen geben. Gewalt, gerade wenn sie von den Herrschenden ausgeht, hat auch etwas Demaskierendes, welches in besonderen Situationen erwünscht sein kann. EinE RichterIn, der/die um sich schlägt, wäre schließlich eine bemerkenswerte Ausdrucksform der „sitzungspolizeilichen“ Alleinherrschaft, die er/sie im Gerichtssaal beansprucht.

Es ist also wie auch bei allen anderen Punkten: Die pauschale Ablehnung von Gewalt ist ein Bekenntnis und hat wenig emanzipatorischen Gehalt, weil sie den Menschen Handlungsmöglichkeiten und eigenständige Entscheidung nimmt. Es geht immer um Abwägung – und die verträgt keine Vorab-Festlegungen. Sie hat die Analyse der Situation und das gewünschte Ziel vor Augen.

Offene Fragen und blinde Flecken

Bei fast allen Menschen, die strikte Gewaltfreiheit bei politischen Aktionen für richtig halten oder der Parole anhängen, dass eine gewaltfreie Gesellschaft nur durch Gewaltfreiheit entstehen kann, lassen sich schnell erhebliche Wissenslücken nachweisen. Das Beispiel der Nachfrage „Was haben Sie gegen Beate Klarsfeld und Georg Elser?“ wurde schon erwähnt – in allen Testfällen vor der Bundespräsidentinnenkandidatur von Klarsfeld war Schweigen die Reaktion – gefolgt von der Antwort „Kenne ich nicht“ oder Nachfrage „Wer ist das?“. Ganz ähnlich fallen Nachfragen zu anderen Personen und Situationen aus, die für die Gewaltfreiheitsfrage eigentlich sehr wichtig sind. Offenbar fällt die Entscheidung für eine dogmatische Gewaltfreiheit ohne Auseinandersetzung mit dem Thema. Damit dieses Wissensdefizit nicht bleibt, sei an dieser Stelle erläutert, um wen es sich handelt.

Wikipedia zu Beate Klarsfeld⁶

Um auf die Vergangenheit des damaligen Bundeskanzlers Kiesinger als NSDAP-Mitglied (PG 2633930) hinzuweisen, initiierte Beate Klar-

sfeld verschiedene öffentliche Aktionen. So rief sie ihm 1968 im Bonner Bundestag „Nazi, tritt zurück!“ zu und wurde abgeführt, aber alsbald freigelassen. Während des CDU-Parteitags in Berlin am 7. November 1968 bestieg sie das Podium, ohrfeigte Kiesinger und rief: „Nazi, Nazi!“ Sie wurde daraufhin noch an demselben Tag in einem beschleunigten Verfahren zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Ihre Gefängnisstrafe wurde 1969 zu vier Monaten auf Bewährung umgewandelt.

Wikipedia zu Georg Elser⁷

Johann Georg Elser (* 4. Januar 1903 in Hermaringen, Württemberg; † 9. April 1945 im KZ Dachau) war ein deutscher Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus. Er verübte am 8. November 1939 im Münchener Bürgerbräukeller ein Bombenattentat auf Adolf Hitler und weitere Mitglieder der NS-Führung, für das er kurz vor Kriegsende auf Hitlers Befehl hin ermordet wurde. ... Elser war früh entschiedener Gegner des Nationalsozialismus. Er verweigerte nach 1933 den Hitlergruß und beachtete Hitlers Auftritte und zahlreiche Reden über den Volksempfänger nicht. ... Elser erkannte die Kriegsvorbereitungen und das Nachgeben der Westmächte bezüglich territorialer Forderungen des Deutschen Reichs: „Die von mir angestellten Betrachtungen zeitigten das Ergebnis, dass die Verhältnisse in Deutschland nur durch eine Beseitigung der augenblicklichen Führung geändert werden könnten. Unter der Führung verstand ich die ‚Obersten‘, ich meine damit Hitler, Göring und Goebbels. Durch meine Überlegungen kam ich zu der Überzeugung, dass durch die Beseitigung dieser 3 Männer andere Männer an die Regierung kommen, die an das Ausland keine untragbaren Forderungen stellen ‚die kein fremdes Land einbeziehen wollen‘ und die für eine Verbesserung der sozialen Verhältnisse der Arbeiterschaft Sorge tragen werden.“ ...

Da Hitler bekanntlich abends vor jedem Jahrestag seines gescheiterten Putschversuchs vom 9. November 1923 im Münchner Bürgerbräukeller eine Rede hielt, beschloss Elser, in die Säule direkt hinter dem Rednerpult eine Zeitbombe einzubauen. Er heuerte zunächst als Arbeiter in einem Steinbruch an, um sich auf diese Weise Sprengstoff zu besorgen. Im Sommer 1939 zog er nach München und mietete dort eine kleine Werkstatt. Den Nachbarn gegenüber gab er sich als Erfinder aus und konnte so unauffällig einen Zeitzünder konstruieren.

Ab Ende August 1939 suchte Elser den Bürgerbräukeller jeden Abend auf, nahm dort zunächst eine einfache Arbeitermahlzeit für 60 Pfennig zu sich und wartete eine günstige Gelegenheit ab, um sich unbemerkt in der Besenkammer zu verstecken. Dort verharrte er noch mehrere Stunden, bis das Gasthaus abgeschlossen wurde. Insgesamt 30 Nächte lang höhnte er dann in mühevoller, riskanter Kleinarbeit eine Säule aus, um die Bombe mit Zeitzünder darin zu deponieren. Die anfallenden Späne versteckte er in einem zusammengerollten Teppich. Am 8. November 1939 explodierte die Bombe exakt zu der von Elser vorgesehenen Zeit um 21:20 Uhr. Das Attentat misslang jedoch, da Hitler wegen schlechten Wetters nicht mit dem Flugzeug, sondern mit der Reichsbahn zurück nach Berlin

6 http://de.wikipedia.org/wiki/Beate_Klarsfeld. Die Unbekanntheit der oft als „Nazi-Jägerin“ bezeichneten Klarsfeld in gewaltfreien Kreisen galt zumindest bis Anfang 2012, als die Partei Die Linke Klarsfeld zu ihrer Bundespräsidenten-Kandidatin machte.

7 http://de.wikipedia.org/wiki/Georg_Elser

fahren musste. Er redete deshalb viel kürzer als sonst und verließ den Saal 13 Minuten vor der Explosion des Sprengsatzes. Dieser verwüstete den Saal, tötete acht und verletzte 63 Besucher, davon 16 schwer. Unter den Toten waren sieben Mitglieder der NSDAP.

Ab diesem Punkt ist nicht mehr einheitlich, wie die Reaktionen im Gespräch ausfallen. Nur der Tenor ist immer gleich und ähnelt der Reaktion aller, deren religiöses Bekenntnis in Frage gestellt wird: Die Argumente fehlen. So muss das irritierte Innere zur Ordnung gerufen werden. Das geht zum Beispiel mit dem Satz: „Naja, das ist ja was Anderes“ oder „Das sind aber jetzt Ausnahmen“ bzw. „Extremsituation“. Darin schwingt dann aber schon eine gewisse Anerkennung mit, dass es ganz dogmatisch wohl auch nicht sinnvoll ist. Beeindruckender ist schon eine andere Möglichkeit: „Naja, eine Ohrfeige ist ja keine Gewalt!“ Das würde der ohnehin vorhandenen Inhaltsleere des Gewaltfreiheitsbegriffs vollends den Boden entziehen. Es würde aber auch nur dazu dienen, eine Theorie zu bestätigen, für die es keine Bestätigung gibt. Im Grunde genommen folgt das Gespräch immer dem Schema, was die Satire auf alle Dogmen ist:

§ 1: Gewaltfreiheit ist immer richtig

§ 2: Ist Gewaltfreiheit mal nicht passend, tritt automatisch

§ 1 in Kraft.

Dabei hätte es ja noch etwas, wenn die ewige Debatte um Gewalt wenigstens zum analytischen Ringen um sinnvolle, wirksame und angemessene Aktionsformen beitragen könnte. Das aber tut sie regelmäßig nicht. Stattdessen wird sie dogmatisch geführt, d.h. es geht um Grenzziehung und Bekenntnis: Dafür oder dagegen, ohne Wissen um die Situation, ohne Graustufen und vor allem ohne eine klare Begründung.

Ist Gewalt gleich Gewalt?

Ein politisch inakzeptabler Fehler vieler gewaltfreier Gruppen ist ihre völlige Undifferenziertheit gegenüber verschiedenen Ausgangspunkten von Gewalt. Hier hat das Fixieren auf diesen für sie wichtigsten Punkt zu einer gleichartigen Betriebsblindheit geführt wie das bei vielen anderen Zusammenhängen auch der Fall ist, wenn z.B. Ökos, Eine-Welt-Gruppen, Fraueninitiativen u.a. auf ähnliche Weise alles nur an ihrem Thema festmachen und dabei andere politische Ziele als weniger wichtig abtun. Von Seiten gewaltfreier Gruppen ist die Losung oft: Gewaltfrei = gut, militant = schlecht (bei vielen Militanten ist es umgekehrt, was genauso plump ist). Die Ziele, die mit gewaltfreier oder militanter Aktion verfolgt werden, geraten dabei oft in den Hintergrund.

Zudem wird nicht zwischen struktureller Gewalt bzw. Gewalt „von oben“ und der Gewalt, die befreiende Ziele hat sowie sich gegen strukturelle Gewalt richtet (soziale Notwehr), unterschieden. Die Positionen mitteleuropäischer gewaltfreier Ideologien wären z.B. in Diktaturen oder im Fall von Krieg oder ähnlichem krasser, direkter Unterdrückung völlig abwegig. Schon im Kleinen haben sie keinen Bestand, wenn es z.B. um das Abwehren sexistischer oder rassistischer Gewalt geht usw. Viele gewaltfreie Gruppen verteuflern Gewalt als solches. Damit machen

sie sich zu ideologischen Hilfstruppen des Staates, der nicht um die Legitimation seiner Gewalt kämpfen muss – er hat das Gewaltmonopol. Wenn Gewalt in jeder Form gleich bewertet wird, gibt es auch keine qualitative Unterscheidung mehr zwischen Angriff und Verteidigung, Aggression und Notwehr, Übergriff und Selbstverteidigung, Diktatur und Aufstand.

Aus: Pressemitteilung von Greenpeace am 10.4.2001

Greenpeace weist die heutige Darstellung ..., wonach Greenpeace-Aktivisten in Göttingen einen ICE-Zug an der Ausfahrt gehindert hätten, entschieden zurück. ... Zu dieser Aktion hatte offenbar ein „Anti-Atom-Plenum“ in Göttingen aufgerufen. Möglicherweise haben die Demonstranten behauptet, sie seien Greenpeace-Aktivisten oder Sympathisanten. Greenpeace hat mit diesen Demonstranten nichts zu tun. Greenpeace protestiert nur gezielt gewaltfrei gegen Atommüll-Transporte. Aktionen dieser Art, die gezielt Behinderungen im Personen-Verkehr verursachen, sind sinnlos und schaden den friedlichen Protesten.

Während zwischen unterwerfender und befreiender Gewalt nicht differenziert wird, unterscheiden viele Gewaltfreie plötzlich doch, wenn es um die Frage von Legalität oder die Akzeptanz einer Herrschaftsordnung geht. Gewalt, die den Herrschenden dient, hat dann schnell mehr Legitimität als die, die sich im Protest zeigt. Dann werden selbst die Sachmittel eines Aggressors zum schützenswerten Gut.

Aus der Einleitung zum Schwerpunkt „Gewaltfreie Kommunikation“ von Heinz Weinhausen, in: *Contraste* Nov. 2008 (S. 1)

Gewaltfreiheit im Sinne von Mahatma Gandhi und Martin Luther King. Diese Tradition meint mehr, als keine Gewalt gegen Menschen anzuwenden, und seien es auch Besatzungssoldaten. Diese meint auch mehr, als keine Gewalt gegen Sachen anzuwenden, und seien es auch Polizeiautos, mit denen der Weg des Castors nach Gorleben gesichert wird. Gewaltfreiheit geht vielmehr im Kern davon aus, dass der Mensch in der Uniform beispielweise in Offizier, auch ein Mensch ohne Uniform ist, dass er ansprechbar ist, dass er bereit ist, Verantwortung für sein Tun zu übernehmen.

Diese herrschaftsstützende Form der Akzeptanz von Ordnungsgewalt wurde schon vielfach kritisiert. Liegt es daran, dass politischer Protest und selbst große Teile anarchistischer Bewegung im deutschsprachigen Raum zutiefst bürgerlich sind und den Staat im Normalfall als Garanten ihrer Privilegien wahrnehmen? Dann wäre weniger überraschend, dass das Schwert des Staates mehr Rechtfertigung erfährt als das Aufbegehren der Unterprivilegierten.

Erich Fried

Die Gewalt herrscht dort, wo der Staat sagt: Um die Gewalt zu bekämpfen darf es keine Gewalt mehr geben außer meiner Gewalt.

Georg Orwell, zitiert nach „Freitag Nr. 41“, 5.10.2001

Leute, die durch Geld und Kanonen geschützt sind, hassen die Gewalt zu Recht und wollen nicht einsehen, dass sie Bestandteil der modernen Gesellschaft ist und ihre eigenen zarten Gefühle und edlen Ansichten nur das Ergebnis sind von Ungerechtigkeit, gestützt durch Macht.

Gewalt ist keine Gewalt, wenn die Aktion gut ankam?

Irritierend ist eine seltsame Unschärfe im Gewaltbegriff, abhängig vom Erfolg einer Aktion. Was ins Konzept der eigenen Selbstdarstellung passt, wird als gewaltfrei vereinnahmt. Was schief geht oder schlecht ankommt, gilt hingegen schneller als gewalttätig. Offenbar geht es mehr um Wohlfühlatmosphäre, plump-anbiedernde Außenwirkung, Mitglieder- und Spendensammeln als um eine analytische Position. Ein absurdes Beispiel bot ein Vorgang im September 2009: In einer Phase mit mehreren Prozessen und Verurteilungen gegen FeldbefreierInnen auf Genmais-Feldern (Aktion von Gendreck-weg 2008 bei Kitzingen) wurde das zuständige Amtsgericht mit Parolen besprüht. Vorher waren bei mehreren Prozessen krasse Rechtsbrüche von Seiten des Richters erfolgt, z.B. die härtere Bestrafung wegen fehlender Unterwürfigkeit im Prozess oder sogar die Aussperrung zweier Angeklagter von deren eigenem Prozess. Bemerkenswert war schon, dass die Rechtsstaatstreuen unter den FeldbefreierInnen den so Ausgegrenzten kaum bis keine Solidarität entgegenbrachten. Klassisch gewaltfrei-bürgerlich ist eben die

Meinung: Wer angreift, muss sich nicht wundern ...

Unbekannte besprühten dann die Gerichtswand. Es ist immer interessant, zu diskutieren, was von solchen Aktionen zu halten ist. Doch darum geht es hier nicht, sondern um die Gewaltfrage. Denn einige FeldbefreierInnen titulierte die Graffiti als Gewalt, die das Image der gewaltfreien FeldbefreierInnen kaputt mache. Moment mal ... Pflanzen auszureißen ist gewaltfrei, eine tote Mauer zu übermalen hingegen Gewalt?

Bericht in der Mainpost vom 17.9.2009 zu den Graffiti's:
www.mainpost.de/lokales/kitzingen/Kitzingen-Amtsgericht-Schmierereien-Kripo-ermittelt;art773,5292185,
 Distanzierung von FeldbefreierInnen in der Mainpost vom 18.9.2009:
www.mainpost.de/lokales/kitzingen/Aktivisten-verurteilen-Schmierereien-am-Gericht;art773,5293925

Gewalt und Berechenbarkeit

Die Absage an Gewalt ist ein Verzicht auf eine potentielle Form der Gegenwehr. Sie dogmatisch zu verkünden, macht berechenbar und vermittelt den InhaberInnen eines Gewaltmonopols, dass Gewalt ausüben können, ohne Auflehnung in Form von Gegengewalt befürchten zu müssen. Diese Ideologie reicht in gewaltfreien Kreisen bis in die verbale Ebene hinein, d.h. Gewaltverzicht gilt dort bereits für die Kommunikation und bedeutet eine weitere Ausdehnung des Gewaltbegriffs nun auf die verbale Ebene.

Aus Johann Bauer, „Von der Konfrontation zurück zum Bitten?“, in: GWR Januar 2010 (S. 20 f.)⁸

Was „Gewaltlosigkeit“ oder „Gewaltfreiheit“ jeweils bedeuten, ist

⁸ www.graswurzel.net/345/gfk.shtml

eine Frage der sozialen Praxis, des Handelns sozialer Bewegungen und Einzelner. In der langen Geschichte des Ungehorsams waren der sprachliche Ausdruck und die tatsächlichen Handlungsdimensionen des Widerstehens vielen Veränderungen unterworfen, ...

Gewaltfreie Kommunikation (GfK) kann als Methode je nach Situation und Willen der Beteiligten eine nützliche Methoden sein. Voraussetzung ist, dass sich die miteinander Redenden auf Augenhöhe begegnen. Sonst verwischt GfK nur das Gefälle der Macht – wie in einem Projekt zur gewaltfreien Kommunikation im Knast des Vereins Achtsamkeit und Verständigung (im Umfeld der Kommune Niederkaufungen. In den dortigen Formulierungen werden strukturelle Herrschafts- und Gewaltverhältnisse ausgeblendet, GfK erscheint blind gegenüber den bereits bestehenden Hierarchien. Es geht scheinbar immer nur um den Menschen, die Kommunikation zwischen den ihnen ist gleichberechtigt, wenn sich nur alle gewaltfrei äußern. So werden selbst Gefangener und Vollzugs-Abteilungsleiter zu Freunden.⁹ In Feedbacks schildern so „behandelte“ Gefangene: „so hab ich vorher noch nie über mich nachgedacht“ und „ich konnte meinen Vollzugs-Abteilungsleiter das erste Mal als Mensch sehen. Das Gespräch lief ganz anders und es gab Ergebnisse, die ich nicht im Traum erwartet habe.“

Aus der Selbstdarstellung der VeranstalterInnen

Wir sehen eine Strafanstalt als ein System, in der alles aufeinander einwirkt. Wir möchten mehr und mehr dazu beitragen, dass dort, wo Menschen zusammen wirken, zufriedenstellende Verbindungen zu sich und untereinander entstehen. ...

Wir werden die Justizministerien aller Länder sowie alle Justizvollzugsanstalten in Niedersachsen und Hessen über diese Veranstaltung informieren. Damit wollen wir unsere Arbeit den entscheidungsbefugten Organen bekannt machen und Kontakte knüpfen.

Dass gewaltfreie Begegnung bestehende Herrschaftsverhältnisse ausblendet, wiederholt sich in unzähligen Fällen. Wer im konsensorientierten Plenum laut wird, konkrete Menschen kritisiert oder intransparente Vorentscheidungen geißelt, wird schnell zum Buhmensch. Die Etikette zählt mehr als die verborgene Hierarchien.

Verfälschte Leitfiguren: Gandhi, Jesus & Co.

Gewaltfreie beziehen sich vielfach auf Vorbilder und Vordenker. Besonders genannt: Gandhi und Jesus. Ihre Taten und Worte werden ungefragt benutzt. Wehren können sie sich nicht. Vielleicht würden sie das aber gerne. Denn ihre Worte und Taten zeigen, dass Gewaltfreiheit für sie kein Dogma war, sondern in der konkreten Situation das passende Mittel – wenn sie es wählten. Jesus, zumindest als Figur der Bibel, wusste da schon zu unterscheiden und griff, wenn es nötig war, auch zur blanken Gewalt. Und Gandhi wusste immer, dass Gewaltfreiheit Grenzen hatte und er auch Mut zur Gewalt haben müsste, wenn andere Mittel versagen würden.

⁹ Quellen unter www.gewaltfrei-niederkaufungen.de

Aus dem Johannes-Evangelium 2, 13-16 in der Einheitsübersetzung:
 13 Das Paschafest der Juden war nahe und Jesus zog nach Jerusalem hinauf.

14 Im Tempel fand er die Verkäufer von Rindern, Schafen und Tauben und die Geldwechsler, die dort saßen.

15 Er machte eine Geißel aus Stricken und trieb sie alle aus dem Tempel hinaus, dazu die Schafe und Rinder; das Geld der Wechsler schüttete er aus und ihre Tische stieß er um.

16 Zu den Taubenhändlern sagte er: Schafft das hier weg, macht das Haus meines Vaters nicht zu einer Markthalle!

Satz 15 der Satyagraha-Normen von Mahatma Gandhi¹⁰

Wähle Gewalt vor Feigheit!

Du sollst immer bestrebt sein, Ahimsa zu folgen in der Bedeutung 1-14, aber in einer Lage, wo du es nicht fertig bringst, ist ein gewalttames Verhalten mit einem von Ahimsa erfüllten Sinn einem nichtgewalttamen, aber aus Feigheit entstandenen Verhalten vorzuziehen.

Aus „Gandhi und der Kampf gegen den Imperialismus“¹¹

Für Gandhi bedeutete Konflikt eine Herausforderung: sich kennenlernen, Gemeinsamkeiten finden, füreinander Bedeutung haben.

Lasst uns darüber reden! Ihm war die Gewalt lieber als die Feigheit, der Konflikt, die Disharmonie lieber als gar keine Beziehung zueinander.

Die Gewaltfreiheits-IdeologInnen Reiner Steinweg und Ulrike Laubenthal starteten angesichts der Aussagen von Gandhi in ihrem Buch „Gewaltfreie Aktion“ (a.a.O., S. 184) ein Rettungsmanöver. Zunächst stellen sie richtig fest: „Diese Norm scheint eine Hintertür für die Rechtfertigung von Gewaltanwendung in besonderen Bedrohungssituationen zu öffnen.“ Dann wollen sie mit weiteren Verweisen auf Gandhis Aussagen und Handlungen aber das widerlegen. Sie erwähnen dabei selbst das weitere Zitat: „Ich glaube, dass ich, wo es nur die Wahl zwischen Feigheit und Gewalt gibt, Gewalt empfehlen werde.“ Dann versuchen sie sich an der Rettung des Gewaltfreiheits-Dogmas: „Für Gandhi war Widerstand gegen Unrecht das zentrale Motiv. Es veranlasste ihn stets auch zu Sympathie für diejenigen, die den Widerstand mit gewalttamen Mitteln leisteten, statt sich aus Feigheit dem Unrecht zu unterwerfen, obwohl er selbst immer den gewaltlosen Widerstand bevorzugte und niemals zu den Waffen gegriffen oder gerufen hat. Er sagt im ersten der beiden Beispiele auch nicht, die Männer hätten die Plünderer erschlagen sollen, sondern: Sie hätten nicht weglaufen dürfen. Vielleicht hätten sie eine Chance gehabt, sie zur Besinnung zu bringen, wenn sie ihr Gewissen angesprochen hätten.“ Daraus folgern sie: „Es kam ihm offensichtlich mehr auf die innere Haltung als auf den Erfolg an.“ Was hier als „offensichtlich“ bezeichnet wird, ist nichts als ein plattes Rettungsmanöver. Gandhi sprach gerade von einer Extremsituation, wo der Mut oder die Idee zum gewaltfreien Widerstand fehlt. Dann wäre Gewalt sinnvoller als Nichtstun. Steinweg und Laubenthal hingegen widerlegen sich mit ihrem Rettungsversuch selbst. Denn ihr „Vielleicht hätten sie eine Chance gehabt“ zeigt gerade die Grenzen gewaltloser

¹⁰ www.buergergesellschaft.de/praxishilfen/konfliktloesung/hintergrundtexte/die-satyagraha-normen/104468/

¹¹ www.lebenshaus-alb.de/magazin/004677.html

Aktionen auf. Und der Hinweis auf die Bedeutung des Motivs ist ein Argument gegen dogmatische Festlegungen auf Gewaltfreiheit. Politisches Handeln bedarf der Abwägung, wird von Motiven (und Anderem) gesteuert – nicht von Dogmen!

Ist die Gewaltfrage wichtiger als andere Aspekte?

Doch selbst wenn, was mit obigen Ausführungen widerlegt werden sollte, die Gewaltfrage eine besonders große Bedeutung hätte, wäre noch ein weiterer Punkt zu untersuchen – nämlich der, ob sie denn wichtiger ist als alle oder zumindest die meisten anderen Fragen. Solche anderen Punkte innerhalb von Aktionsstrategien könnten sein:

- Dominanzverhalten, u.a. die Männer- oder Erwachsenendominanz innerhalb von Aktionsstrategien oder Bündnissen.
- Radikalität von Zielen, Verbindung von Ein-Punkt-Aussagen mit grundlegenden gesellschaftspolitischen Zielen, utopischer Gehalt der Forderungen statt machtlegitimierender Positionen.
- Taktische bzw. strategische Überlegungen wie Durchführungsformen, die zu den Zielen der Aktion passen, und Vermittlung nach außen.
- Und vieles mehr.

Die Motivation des Staates, die Gewaltfrage zur zentralen Frage zu machen, ist einfach zu erklären. Er will seinen eigenen Vorteil (Gewaltmonopol) aufrechterhalten, auch die Spaltung politischer Bewegungen ist in seinem Interesse. Was aber treibt gewaltfreie Gruppen an, die den Begriff der Gewaltfreiheit im Titel führen oder in den Vordergrund rücken und daraus den Anspruch ziehen, alle Anderen auf ihr Hauptthema einzuschwören? Sie bringen diese Position mit dogmatischem Anspruch in Bündnisaktionen ein – ein klarer Fall von Hegemonialstreben. Zudem findet sich in Veröffentlichungen vieler gewaltfreier Aktionsgruppen oder TheoretikerInnen die Erwartungshaltung, dass Gewaltfreiheit an sich bereits ein sanft-revolutionäres Potential birgt – eine Annahme, die theoretisch und aus der praktischen Erfahrung heraus wenig überzeugt.¹²

Letztlich steigern gewaltfreie Gruppen damit aber nur, was die meisten anderen politischen Gruppen auch tun: Sie konzentrieren sich im Kern auf eine, ihre eigene Fragestellung – was legitim wäre, wenn kein Machtanspruch daraus folgt. Auch Öko-, Frauen-, Eine-Welt-Gruppen, Gewerkschaften usw. fordern in Bündnissen manchmal, dass ihr Thema für alle das Wichtigste sein soll. Oft haben ihre Positionen sogar mehr Berechtigung als die Gewaltfrage, z.B. die feministische Kritik an

¹² Medien aus gewaltfreien bis bürgerlichen Kreisen lehnen kritische Texte zum Gewaltfreiheitsdogma in der Regel ab. Ein Beispiel war das Magazin „Peripherie“ im Jahr 2012, die eine Schwerpunktaussage zur Frage der Gewalt herausgab. Es war eine einseitige Werbung für Gewaltfreiheit. Ein Text, der eine Kritik formulieren sollte, die Gewaltfrage so wichtig zu machen, wurde schon im Vorfeld abgelehnt mit der Begründung, der Autor würde darin für seine Position werben wollen (was in allen Pro-Gewaltfreiheits-Artikeln jedoch geschehen durfte).

den patriarchalen Strukturen auch in politischen Zusammenhängen oder die Forderung nach umweltgerechter Durchführung von Aktionen. Nur, ohne die Berechtigung der Forderungen absprechen zu wollen: Wenn jede Gruppe ihr Hauptanliegen zum Knackpunkt über Sein und Nichtsein machen würde, wären Bündnis-Aktionen nicht mehr möglich. Auffällig ist aber, dass Gewaltfreie die Ansprüche anderer Gruppen oft belächeln, ihren eigenen Vorschlag für eine dominante Regel aber verbissen durchzusetzen versuchen.

Gewaltfreiheit ist legitim – wenn sie eine gleichberechtigte Option unter vielen ist

Der Dominanzanspruch von Gewaltfreiheit ist nicht akzeptabel. Das ändert aber nichts daran, dass gewaltfreie Positionen legitim sind. Gerade im Sinne einer gewollten Vielfalt, d.h. die Autonomie der Gruppen stärkenden Aktionsstrategie müssen gewaltfreie Aktionen nicht nur geduldet, sondern ihnen aktiv Raum geschaffen werden, damit sie in ihrer besonderen Form auch zur Geltung kommen. Das bedeutet, Aktionsplanungen so vorzunehmen, dass Gewaltfreiheit nicht durch militante Aktionen zur gleichen Zeit am gleichen Ort unkenntlich wird. Die Debatte über Sinn und Zweck von Gewaltfreiheit hat nämlich weder einen Anspruch auf Dominanz noch darf sie ignoriert werden. Sie hat den gleichen Anspruch auf Verwirklichung wie alle anderen Aktionsformen – und muss sich bei der Entscheidungsfindung über konkrete Abläufe und Orte auf die Absprachediskussion mit allen anderen einlassen. Jede Form von Dominanz ist falsch: Sowohl die der Gewaltfreien gegenüber den anderen, die in der Gewaltfrage offen sind oder die Anwendung von Gewalt zumindest bei Anderen akzeptieren, als auch umgekehrt die gegenüber den Gewaltfreien und ihren Aktionsformen. Denn schon von der Mobilisierbarkeit her schafft eine Aktionsstrategie, die verschiedene Aktionsformen zulässt, deutliche Vorteile, da sich alle Menschen mit ihren bestimmten Neigungen und Einstellungen bewusst „ihre“ Aktion aussuchen oder selbst eine entwickeln können. Der Castor-Widerstand, dessen politisch-inhaltliche Qualität damit nicht gleichzeitig gelobt werden soll, bietet dafür ein positives Beispiel.

Gut und Böse: Identitätsstiftende Kraft der Gewaltfreiheit

Wie schlecht auch immer Gewaltfreiheit begründet wird, die Verbindung des Heilsversprechens (politischer Erfolg durch Gewaltfreiheit) mit der als Verteufelung aufgezogenen Kritik der Gewalt reicht, um dem Dogma eine identitätsstiftende Kraft zu verleihen. Gelübde in Form von Selbstverpflichtungserklärungen, einprägsame Botschaften und Hasspredigten gegen das Böse gehören zum Kanon der Selbstvergewisserung. Wie bei anderen Identitäten auch, geschieht dieses zusammen mit der stabilen Bildung von Innen und Außen, also der Abgrenzung vom Andersartigen.

Erklärung der War Resisters' International, in: Graswurzelrevolution Oktober 2001 (S. 17)

Wir sind uns bewusst, dass unsere Gewaltfreiheit beinhalten muss, sich der Gewalt von Polizei und Staaten zu stellen, Gewalt gewaltfrei zu widerstehen, und Gewalt durch eine kleine Minderheit von BewegungsaktivistInnen zu verhindern.

Schweizer Bundesamt für Polizei im Juli 2001 in der Studie „Gewaltpotenzial in der Antiglobalisierungsbewegung“

Den Anliegen und der Dialogbereitschaft der erklärt gewaltlosen Akteure innerhalb der Antiglobalisierungsbewegung muss mehr Beachtung geschenkt werden. Sie sollten in ihrer Abgrenzung gegen die gewaltbereiten Gruppen aktiver unterstützt werden.

Aus: Pressemitteilung von Greenpeace am 2.4.2001

Die friedlichen Anti-Castor-Demonstranten im Wendland – und das waren 95 Prozent – haben mit der kleinen, gewaltbereiten Minderheit von Protestierenden nichts zu tun.

Horst-Eberhard Richter in der Werbezeitung von attac, Beilage zur Jungen Welt 5.10.2001

Die gewaltträchtigen Begleiterscheinungen bei ihren Auftritten in Seattle, Göteborg und Genua haben davon abgelenkt, dass die schnell wachsende Kerngruppe der Kritiker, in der Organisation Attac vernetzt, sich im allgemeinen Unbehagen über eine internationale Unordnung vereint hat, die ...

Wuppertaler Rundschau am Mittwoch, 28. August 2002

Die Initiatoren des „Wuppertaler Bündnisses gegen Krieg“ legen Wert darauf, den feierlichen Rahmen der Gelöbnisveranstaltung nicht durch Trillerpfeifen oder Wurfgeschosse stören zu wollen.

Allerdings wolle man sehr deutlich sichtbar gegen die Unsinnigkeit einer solchen Bundeswehr-Aktion protestieren. Falls „Autonome“ oder andere Gruppen den Boden des friedlichen Protestes verlassen wollten, werde man „sehr massiv versuchen, auf diese Demonstranten einzuwirken“.

Über Peter Wahl mit Zitat von ihm im Film „Gipfelstürmer und Straßenkämpfer“ (Laika-Verlag, 2011)

Er dringt deshalb stets auf strikt gewaltfreie Aktionsformen. Wenn einzelne Gruppen Gewaltaktionen nicht ausschließen wollen, erzwingt er eine offizielle Distanzierung. ... „Wir wollen das nicht ... man muss sich dagegen schützen ... Spinner, die so etwas machen“

Anzeige des AK Vorratsdatenspeicherung zur Demo „Freiheit statt Angst“ in Berlin am 11.10.2008, in: Junge Welt, 10.10.2008 (S. 4)

Wir, die beteiligten Organisationen und einzelnen UnterstützerInnen der Demonstration „Freiheit statt Angst“ stehen für den konstruktiven politischen Dialog. Jede Form von Gewalt erzeugt Angst, Angst verhindert Freiheit ... Um unser politisches Ansinnen möglichst nachhaltig zu vermitteln, wünschen wir uns die unbedingte Einhaltung der Friedenspflicht aller beteiligten Institutionen, Organisationen und Personen.

Aus Mathias Edler (2001): Demonstranten als „Staatsfeinde“ – „Staat“ als Feindbild?, Alte Jeetzel-Buchhandlung (S. 119)¹³

Dadurch begünstigt „x-tausendmal-quer“ unbeabsichtigt die von Politiker-, Polizei- und Medienseite vorgenommene Spaltung in „gute“ und „böse“ Demonstranten, in „gewaltfreie Bürgerinitiativler“ und „militante Autonome“. Der in den Medien und den Parlamenten

¹³ Edler war bei Erscheinen seines Buches Sprecher der BI Lüchow-Dannenberg

erreichte politische Raum wird hier auf Kosten anderer Atomkraftgegner erreicht, die nicht automatisch weniger „gewaltfrei“ sein müssen als die „x-tausender“.

Es hat bereits mehrere Übergriffe von Gewaltfreien gegen vermeintlich militante AkteurInnen gegeben. Bemerkenswerterweise fallen diese oft rabiat aus und wenden Mittel an, die z.B. gegenüber den uniformierten VollstreckerInnen des Gewaltmonopols ausgeschlossen werden. Hier zeigt sich ebenso eine Scheinheiligkeit wie bei der ewigen Leier von den „kleinen Minderheiten“, die mit militanten Aktionen anderen die Schau verderben. Dieses Herunterrechnen zeugt von einer verbissenen Feindschaft gegenüber Andersdenkenden beim alles überprägenden Dogma Gewaltfreiheit.

Wie eine Religion: Gewaltfreiheit als Gesamtideologie

Mit ihrem umfassenden Anspruch trägt die Ideologie der Gewaltfreiheit religiöse Züge. Sie walzt mit getrübttem Blick über Widersprüche und offene Fragen hinweg. Sie denunziert Andersdenkende und hält den eigenen Anspruch für höherwertig als abweichende Vorlieben, Konzepte und Strategien.

Aus Gernot Jochheim (1984): „Die gewaltfreie Aktion“, Rasch & Röhring in Hamburg

Zur Definition von Gewaltfreiheit und gewaltfreier Aktion: *Die Träger von gewaltfreien Aktionen halten Personen nicht fest und verletzen niemanden, zerstören in der Regel keine Sachen, die nicht ihr Eigentum sind ... (S. 23)*

Ist doch das Wesensmerkmal der gewaltfreien Konfliktaustragung allein vom Begriff her der Verzicht auf Gewaltanwendung. ... Wo immer Menschen auf der Welt bewußt und aktiv auf gewaltfreiem Weg gesellschaftliche und politische Veränderungen erkämpfen wollen oder gewaltfreien Widerstand leisten, tun (oder taten) sie dies auf der Grundlage eines Gewaltfreiheitsverständnisses, dessen Grundsätze nicht voneinander abweichen. (S. 288 f)

Zu Sabotage und Gewalt gegen Sachen:

Was bringt ein Sabotageanschlag, selbst wenn er erfolgreich ist und großen Schaden anrichtet? Im Grunde nichts, jedenfalls nichts Gutes. ... Sabotage kann langfristig nur konspirativ gemacht werden. Konspiration aber bedingt eine möglichst vollständige Abkapselung von der Umwelt. Saboteure und Terroristen nehmen ihre Umwelt nur noch verzerrt und selektiv wahr. ... Der politische Effekt der Sabotage ist mithin eine Verhärtung der Fronten, eine Polarisierung zwischen der großen Masse der Befürworter der Atomenergie und einer radikalen Minderheit von Gegnern. (S. 113 f)

Je mehr Gewalt, desto weniger Revolution. ... (S. 121)

Zu dieser Haltung gehört als Wesensmerkmal die Bereitschaft, lieber Leiden auf sich zu nehmen, als Gewalt anzuwenden. ... In keinem Fall – und mag er von der Wahrhaftigkeit und Gerechtigkeit seines Anliegens noch so überzeugt sein – fügt der Gewaltfreie jenen, die der Verwirklichung seines Ziels entgegenstehen, Schaden zu. (S. 25)

Aus Günther Gugel: „Wir werden nicht weichen“. Erfahrungen mit Gewaltfreiheit. Eine praxisorientierte Einführung. Tübingen 1996 (S. 12-22)¹⁴

Gewaltfreies Handeln versteht sich – gerade auch in einer solchen gesellschaftlichen Situation – als ein Handeln, das an klaren sittlichen Werten orientiert ist und Beteiligungsformen für alle Bürger eröffnet.

Die wesentlichen Kennzeichen der Gewaltfreien Aktion sind:

- *der bewußte Verzicht auf den Einsatz von Gewalt gegen Personen oder Sachen;*
- *die enge Verknüpfung von Ziel (dem Abbau von Gewalt) und Mittel (dem Einsatz gewaltfreier Mittel); ...*
- *die zuverlässige Mitteilung an den Gegner, dass ausschließlich gewaltfreie Mittel angewendet werden;*
- *der Verzicht auf Geheimhaltung. Also die öffentliche Ankündigung der geplanten Aktion.*
- *die eigene Bereitschaft „zum Leiden“, d.h. Sanktionsmaßnahmen hinzunehmen; ...*

Wolfgang Sternstein: „Von Wyhl nach Brokdorf“, o.O., o.J. (S. 15)
Gewaltfreiheit ist etwas anderes als Verzicht auf physische Gewaltanwendung. Ich kann einem Menschen mit haßerfülltem Herzen begegnen, ohne ihm ein Haar zu krümmen, aber gerade dann tue ich ihm Gewalt an! Mit dem Begriff Gewaltfreiheit wird mancher Etikettenschwindel betreiben. Wer auf physische Gewaltanwendung gegenüber Menschen verzichtet, handelt noch lange nicht gewaltfrei. Das entscheidende Motiv der gewaltfreien Aktion ist die Nächstenliebe oder Feindesliebe. Ohne Feindesliebe kann es überhaupt keine gewaltfreie Aktion geben, die diesen Namen verdient.

Renate Wanie: „Neun Thesen für die Weiterarbeit nach Straßburg“, in: Friedensforum 3/09¹⁵

Renate Wanie ist seit 1987 hauptamtliche Mitarbeiterin der Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Baden. Sie bietet u.a. Workshops zum gewaltfreien deeskalierenden Eingreifen in gewaltvollen Situationen an. Schwerpunkte sind Trainings in Zivilcourage und Gewaltfreier Aktion, Konsensentscheidungsfindung, Macht »von unten« sowie Fortbildungen in gewaltfreier Konfliktaustragung. Seit 2004 ist sie als Delegierte und zeitweise als Sprecherin in der bundesweiten »Kooperation für den Frieden« aktiv. Ihre Thesen sind eine Reaktion auf die miterlebten Proteste gegen den 60. NATO-Gipfel im April 2009 in Straßburg,¹⁶ die z.T. in unkalkulierbare und gewaltvolle Angriffe eskalierten.

1. Die Zeit der Formelkompromisse ist nach Straßburg vorbei. Die Friedensbewegung ist gewaltfrei oder sie ist nicht. Ziviler Ungehorsam ist eine gewaltfreie Strategie und kein Slogan, hinter dem sich RandaliererInnen verbergen können.

2. Randalie ist keine Politik, Randalie ist Randalie. Gesellschaftliche Veränderungen in Richtung Emanzipation und Freiheit werden in hochentwickelten Gesellschaften nicht über Gewalteskalationen herbeigeführt.

¹⁴ www.friedenspaedagogik.de/themen/gewaltfr/grundlag/grund__01.htm

¹⁵ www.friedenskooperative.de/fff/ff09/3-21.htm, zitiert im Buch „Gewaltfreie Aktion“

¹⁶ Die Aktionen in Straßbourg bilden selbst ein prägnantes Beispiel der Auseinandersetzung. Texte sind auf der Internetseite www.projektwerkstatt.de/debatte/gewalt__contra.html zu lesen.

3. *Gewaltfreiheit greift den staatlichen Gegner nicht dort an, wo er am stärksten ist: beim Monopol der Gewalt. Sondern dort, wo er am schwächsten ist: bei der Legitimation seiner kriegerischen Aktivitäten.*
4. *Gewaltrituale wie in Straßburg seitens der Polizei und seitens der RandaliererInnen sind Ausdruck eines männlich-chauvinistischen Handelns. Die Friedens- und Antikriegsbewegung muss diese patriarchal-militaristischen Handlungen überwinden und offen kritisieren.*
5. *Die Kritik an RandaliererInnen aus Demonstrationen heraus spaltet die Friedensbewegung nicht. Steine werfen spaltet die Friedens- und Antikriegsbewegung. Wer Gewalt zulässt, zerstört die Glaubwürdigkeit der Bewegung und erleichtert ProvokateurInnen der Polizei, ihr friedloses Handwerk zu betreiben.*
6. *Die Friedensbewegung wird nicht erfolgreich durch Gewalt, sondern durch kreative und beharrliche Kritik an Gewalt und Gewaltorganisationen wie der NATO.*
7. *Heiligendamm hat neue gewaltfreie Aktionsformen auf der grünen Wiese hervorgebracht. Nach Straßburg ist über neue kreative gewaltfreie Aktionsformen innerhalb von Städten nachzudenken, die auch über Blockaden hinausgehen.*
8. *Gewaltfreie Aktionen wie auch Großdemonstrationen brauchen Vorbereitung. Dort, wo gewaltfreie Aktionen vorbereitet wurden, wie z.B. für »Heiligendamm« oder im Bündnis NATO-ZU für Straßburg, haben sie funktioniert und zu Teilerfolgen beigetragen. Wir brauchen mehr und verbindlichere Vorbereitungen.*
9. *Mobilisierungen für große internationale Events zeigen ihren Erfolg immer auch darin, Menschen für den Montag danach zu gewinnen. Die Qualität von großen Events bemisst sich darin, wie viel mehr Menschen in den nächsten Monaten aktiv werden. Hier war Straßburg ein Rückschlag.*

Leidensbereitschaft

Zur bekennnishaften Gewaltbereitschaft gehört die Hingebung an das Gute, also eine Leidensbereitschaft in Folge der eigenen Überzeugung. Damit werden Bilder an die großen Vorbilder verbunden, zu denen Jesus, Gandhi usw. gemacht wurden – unter pragmatischer Umdichtung derer tatsächlichen Positionen.

Tatsächlich wird aber von dieser Leidensbereitschaft nur wenig praktisch umgesetzt. Viele AnhängerInnen der Gewaltfreiheit sind gut situierte Bürgerliche, die – ob nun mit gewaltfrei-anarchischen Hobbyideologien oder brav-rechtstaatlich – niemals ihren hohen Lebensstandard riskieren würden. Gewaltfreiheit hat bei vielen, aber nicht allen, sehr viel mit Selbstbelugung zu tun. Sie verdeckt eine Feigheit, indem sie die Handlungsbremsen als ideologisches Konzept verkauft. Die, die ihnen diese Ideologie eintrichtern, gewinnen dadurch AnhängerInnen und GeldgeberInnen – auch darin ähnelt das Konzept dem einer Religion.

Aus Sternstein, Wolfgang: „Die gewaltfreie Revolte gegen 'Stuttgart 21'“, in: GWR Dez. 2010 (S. 7)
Ziviler Ungehorsam in diesem Sinne sollte „zivil“, also offen, dialogbereit und gewaltfrei sein. Dazu gehört auch die Bereitschaft, die für die Gesetzesübertretung oder die Gehorsamsverweigerung ver-

hängte Sanktion klaglos hinzunehmen. ...

Selbst wenn Staat und Wirtschaft ein Projekt mit aller Macht durchsetzen wollen, werden sie am gewaltfreien Widerstand der betroffenen Bevölkerung scheitern, vorausgesetzt – und diese Bedingung ist entscheidend – sie ist bereit, den Preis zu bezahlen, den gewaltfreier Widerstand kostet.

Pro Gewalt: Notwendig oder Fetisch?

Den Gewaltfreien auf der Skala der Militanz stehen Gruppen und Strömungen gegenüber, die – wie die Gewaltfreien ihre Gewaltfreiheit – ihre Militanz als Selbstzweck sehen und ohne weitere Abwägungen und Überlegungen zu Zielen und Vermittlung von Aktionen ausleben. Die Militanz wird zum identitätsstiftenden Kristallisationspunkt der eigenen Aktivität. Das ist kein Kriterium des Militanten. So wie viele Menschen (auch) gewaltfreie Aktionen machen, aber deshalb nicht der Auffassung sind, diese seien allein zulässig oder seligmachend, so gibt es auch viele AktivistInnen, die bei passender Gelegenheit, um politische Außenwirkung zu erreichen oder etwas aufzuhalten, versuchen mit Sabotage oder gar Angriffen auf Menschen einzugreifen, ohne gleich die Überzeugung zu vertreten, nur der militante Kampf sei richtig und gut.

Fetisch Militanz

In der Praxis vieler militanter Gruppen zeigt sich allerdings auch ein unreflektierter Umgang mit Gewalt. Sie wird durch sprachliche Überhöhung, Kleidung und plakative Außendarstellung zum Symbol von Potenz. Klassisch gewaltfreie Methoden und viele kreative Darstellungsformen werden als „Hippiekacke“ oder ähnlich abgetan – der weit verbreitete MackerInnenkult der sich identitär gefährlich inszenierenden Gruppen trägt ein Übriges zu diesen Positionen bei. Zwar nicht von den verwendeten Codes, aber schon von der Einseitigkeit und Dogmatik ähnelt solcher Militanzkult eher dem, was auch bei gewaltfreien Strömungen dominiert: Die Aktionsmethode wird zum eigentlich Wichtigen, das Mittel heiligt die Zwecke. Fast wöchentlich lässt sich diese Orientierung im Sprachrohr militanter AktivistInnen, der in Berlin erscheinenden Zeitung „Interim“ bewundern. Dort werden anonyme BekennerInnenschreiben abgedruckt, bei denen eine inhaltliche Vermittlung nur selten vorhanden ist – wobei ein Abdruck in einer Szenezeitung auch kaum eine Öffentlichkeit erreichen dürfte. Fast legendär sind die selbst verfassten Heldengeschichten von zusammengetretenen Fahrkartensautomaten an irgendwelchen dunklen Vorort-S-Bahnhöfen, die sich für die späteren BetrachterInnen wohl kaum von plattem Vandalismus unterscheiden und so genau keine inhaltliche Vermittlung haben dürften (falls sie nicht sogar zur Akzeptanz der als Reaktion angebrachten und so besser legitimierten Überwachungskamera dienen). Fast Kultstatus hat die „radikal“, die mit – oft schlechten oder veralteten – Bastelanleitungen für Bomben und Brandsätze daherkommt, d.h. für Aktionen, die in der Praxis des überwiegend bürgerlichen oder verbal-

radikalen Protests im deutschsprachigen Raum so gut wie nie vorkommen. Ihr Status wird noch erhöht durch die absurd-aufwändige Jagd von Staatsorganen nach solchen Heften oder Nachdrucken der Anleitungen. Das Gewaltmonopol des Staates mit seinen uniformierten Truppen und der Militanzfetisch vieler AktivistInnen passen ohnehin gut zusammen. Der Staat legitimiert seine autoritäre Gewalt mit Bildern geworfener Steine, die angesichts der Panzerungen von aufstandsbekämpfender Polizei die längstens Verletztenlisten immer auf den eigenen Seiten hinterlassen. Die Militanten prahlen in ihren Geschichten ebenfalls mit Begegnungen mit „Bullen“ und inszenieren sich als x-fach überwachte Person. Das gibt Selbstwertgefühl in politischen Strömungen, deren Bedeutungslosigkeit, in einer marginalisierten, radikalen Protestszene sonst stets fühlbar wäre.

Gewalt ersetzt Sinn und Vermittlung, wird zur Qualität an sich und auch in genau dieser Dimension als wertvoll angesehen. Es soll hier keine Psychologisierung erfolgen, auch wenn alles dafür spricht, dass militante Handlungen eher Ohnmachtsgefühle kompensieren sollen als Angriff bedeuten. Die emanzipatorische Alternative wäre, mehr Handlungskompetenz zu erwerben, um durch Widerständigkeit im Alltag die permanente Ohnmacht zu überwinden. Gewalt sollte, wenn sie als notwendig angesehen wird, nicht aus eigener Hilflosigkeit sowie Mangel an Alternativen, sondern bewusst und überlegt angewendet werden.

Doch leider wird Militanz in bemerkenswert vielen Fällen zum Selbstzweck. Es geht nicht mehr darum, im Ergebnis eines abwägenden Strategiefindungsprozesses den Entschluss zu fassen, mit einem Angriff auf Material oder sogar Menschen ein bestimmtes Ziel zu erreichen, was anders nicht zu erreichen ist. Die Illusion, dass brennende Mülleimer, Barrikaden oder Flaschenwürfe auf PolizistInnen bereits als solches Ausdruck einer politischen Botschaft sind, treibt zum Handeln in diese Richtung an.

Entgegnung von John Doe auf den Gewaltfreiheits-Vordenkers
Jochen Stay in: *Jungle World*, 13.6.2007 (S. 19)

Der Autonome Werbeblock zur Prime Time hat allen anderen die Show gestohlen. Der von der Bild-Zeitung zum »Bürgerkrieg« geadelte Krawall legt sich wie ein Tränengasnebel über die Inhalte der Demonstration. Und das ist auch gut so, denn der staatsfetischistische Quark von Attac und der antiimperialistische Firlefanz aus dem gleichnamigen Block verdienen es, ohne Gehör zu bleiben.

Dabei ist der Schwarze Block im doppelten Sinne aufregend. Er hebt sich nicht nur durch seine ebenso bizarre und unterhaltsame Selbstinszenierung angenehm vom Rest ab. Neben vielen Spinnern, Pyromanen und Verkleidungskünstlern finden sich bei den Autonomen Gruppen und Personen, die mit der Systemkritik aufs Ganze gehen und gegen die Diktatur der Produktion über die Bedürfnisse das Primat der Bedürfnisse über die Produktion fordern.

Der Schwarze Block macht die Radikalität und Kompromisslosigkeit dieser Systemkritik sichtbar. Schon um der Glaubwürdigkeit willen muss das staatliche Gewaltmonopol in Frage gestellt werden. Kollektiv wird durch die Straftat „Vermummung“ das Demonstrationsrecht gebrochen. Alleine die Formierung eines solchen Blocks ist ein Zeichen von politischem Selbstbewusstsein. Der zur Schau gestellte Unwille, sich von den Knüppelschergen verkloppen zu lassen und ge-

benenfalls zurückzuschlagen oder sogar selber anzugreifen, ist Teil einer politischen Strategie. Angriffe auf die Polizei sind Ausdruck einer Staatsfeindlichkeit, die wiederum Folge einer radikalen Gesellschaftskritik ist. Das in dieser symbolischen und trotzdem handfesten Auseinandersetzung dem einen oder anderen mitunter wehgetan wird, liegt in der Natur der Sache. Schön ist das nicht, aber mein Mitleid für Leute, die auf Befehl und für Sold andere Leute mit dem Knüppel bearbeiten, hält sich in Grenzen. Es ist eine politische Entscheidung' sich zum Werkzeug zu machen, wie es eine politische Entscheidung ist, militante Systemkritik zu betreiben. ...

Ach, es lässt sich nur schwer abstrakt über Militanz reden. In ein paar Minuten auf der Straße kann man manchmal mehr über die Verhältnisse lernen als beim jahrelangen Sitzen im Lesekreis. Da stellt man etwa schnell fest, dass ein rot-grüner Polizeiknüppel genauso wehtut wie ein schwarz-gelber. Wer nie das erotische Kribbeln beim Flambieren einer Wanne erfahren hat, wird es nie verstehen. Überhaupt, warum soll man angesichts der ungeheuren Gewalttätigkeit der Verhältnisse friedfertig bleiben? Nein, es gilt, auf die Barrikaden zu gehen und den Verhältnissen wenigstens symbolisch den Krieg zu erklären.

Jammern auf hohem Niveau: Linke Macker über militante Faschos

Noch etwas Seltsames geschieht. Zwischen den selbstkreierten HeldInnengeschichten mehr oder weniger sinnfreier Militanz erfolgt ein regelmäßiges Jammern, wenn es um die Gewalt der Falschen geht. Dann ist auch BefürworterInnen von Gewalt plötzlich das Argument billig, Gewalt als solches sei irgendwie schlimm. Das tritt regelmäßig auf, wenn Faschos gewalttätig werden. Dabei wäre eine präzise Kritik vor allem der Form und Stoßrichtung solcher Gewalt, die bei FaschistInnen keinen befreienden, sondern einen unterdrückenden Cha-

rakter hat, für eine emanzipatorische Militanzkultur von besonderem Wert – könnte doch deutlich sichtbar gemacht werden, was der Unterschied zwischen einem entschlossenen Entgegenstemmen gegen ausländInnenfreie Zonen und dem Verprügeln Nichtdeutscher ist.

Stattdessen wird selbst dann gejammert, wenn Rechte exakt die gleichen Mackersymbole wie ihre linken Pendanten benutzen, wie z.B. der Spruch „Good night left side“ als ziemlich phantasieloses Plagiat einer in gleichem Design und stylischer Männlichkeits-Kämpfersymbolik vorhandenen Antifavorlage. Lustigerweise regte sich die marxistisch-dogmatische Tageszeitung Junge Welt am 7.7.2007 (S. 5)¹⁷ just darüber auf: „Gewaltaufruf als rechtes Modeaccessoire“. Gewalt ist also per se schlimm, wenn sie von der anderen Seite kommt ...



¹⁷ www.jungewelt.de/2007/07-07/015.php

Zur Bedeutung von Militanz als Protestform

Nun sind nicht alle militanten Aktionen, bei denen Sachen oder, hierzulande ja äußerst selten, Menschen zu Schaden kommen, von Ohnmacht oder einem Selbstzweck der Gewalt angetrieben. Einige dienen auch der direkten Beendigung unerwünschter Verhältnisse und/oder der nachdrücklich-symbolischen Vermittlung von politischen Positionen oder Forderungen. Beispiele aus der jüngeren Vergangenheit:

- Das Abfackeln von Bundeswehrfahrzeugen diente nicht nur der tatsächliche Behinderung militärischer Tätigkeit. Wahrscheinlich war den TäterInnen selbst klar, dass der Staat mit seinen Ressourcen die Fahrzeugflotte schnell würde ersetzen können. Die militanten Angriffe waren mit einer intensiven Kampagne gegen die Bundeswehr verbunden, so dass jedes brennende Fahrzeug neben der vorübergehenden Schwächung von Infrastruktur ein Symbol für die Kritik an Militär und Kriegsführung schuf.
- Das Zerstören von Genversuchsfeldern war, da eine Neuanlage in der laufenden Vegetationsperiode nicht so einfach möglich war wie die Neubeschaffung eines Militär-LKWs, das tatsächliche Ende des Unerwünschten, gleichzeitig aber in vielen Fällen auch Anlass für eine intensive Vermittlung der inhaltlichen Kritik an dieser Technik.
- Sabotageaktionen an Schienen, Straßen und Bahneinrichtungen begleiten jeden größeren Castortransport. Sie sind in vielen Fällen mit inhaltlicher Kritik an der Atomkraft oder Energiepolitik verbunden. „Gen“feldbesetzungen und -befreiungen sind, zusammen mit begleitenden Kampagnen zu Risiken, Herrschaftsfragen und Enthüllungen über Seilschaften, eine der politisch und praktisch erfolgreichsten militanten Kampagnen der letzten Jahre gewesen.
- Feministische Tomatenwürfe erzwangen wichtige Debatten über Mackermentalität und patriarchale Rollenverteilungen in den 68er Protesten und im damals federführenden Sozialistischen SDS. Ähnlich bekannt wurden Eierwürfe z.B. gegen Helmut Kohl oder Berlins Bürgermeister Eberhard Diepgen.
- Torten- und Schuhwürfe, Pudding„attentate“ oder Stinkbomben sind Angriffe auf Personen, die ihren Sinn nur in der Symbolik, d.h. mit einer intensiven Vermittlung von Inhalten entwickeln können. Die dazu passenden „Tatwerkzeuge“ wie Torte, Eier oder Pudding haben durch ihre mehrfache Anwendung in der Gesellschaft bereits eine selbstredende symbolische Funktion. Erst recht gilt das für Aktionen, bei denen das im Vordergrund stehende Symbolhafte fehlt, sondern die als inhaltsschwerer Gewaltakt gegen Ausführende der Macht für sich stehen.¹⁸ Die Ohrfeige¹⁹ von Beate Klarsfeld gegen den Bundeskanzler und Ex-Nazi Kurt-Georg

¹⁸ Sammlung von Beispielen: www.sueddeutsche.de/politik/attacken-auf-politiker-schmerzhaft-volltreffer-1.146815

¹⁹ www.ericricke.de/media/ohrfeige.html

Kiesinger,²⁰ der Farbbeutelwurf²¹ auf Joschka Fischer²² oder die Krückenattacke gegen Bundespräsident Karl Carstens.²³

Bei allen Benannten zeigte sich als besondere Stärke und Chance zur Vermittlung, wenn militante Aktionen Teil von Kampagnen sind oder zumindest mit anderen Aktionen gemischt werden. Dann vor allem kann die militante Attacke ihre Wirkung als Aufreger, Interessenswecker und damit Rahmen für eine inhaltliche Füllung voll entfalten.

Aus dem Interview mit Günther Anders, erstveröffentlicht in „natur“ (Interviewer: Manfred Bissinger)

A.: Also, ich will erst einmal – und das mag Sie vielleicht erschrecken oder auch nicht – gestehen: Obwohl ich sehr häufig als Pazifist angesehen werde, bin ich inzwischen zu der Überzeugung gekommen, daß mit Gewaltlosigkeit nicht mehr zu erreichen ist. Verzicht auf Tun reicht nicht als Tun. ...

Ziel darf Gewalt für uns niemals sein. Aber daß Gewalt – wenn mit ihrer Hilfe Gewaltlosigkeit durchgesetzt werden soll und nur mit ihrer Hilfe Gewaltlosigkeit durchgesetzt werden kann – unsere Methoden sein muß, das ist wohl nicht abstreitbar.

Aus dem imaginären Interview mit Günther Anders (von ihm selbst verfasst) im gleichen Buch

Gewaltlose Widerstandsaktionen ähneln nicht nur Happenings. Sie sind Happenings.

Und warum sind sie das?

Deshalb, weil Happenings verspielte Scheinakte sind und Als-Obs, die so tun, als seien sie mehr: nämlich wirkliche Aktionen oder mindestens Bastarde von Sein und Schein, von Ernst und Spiel. (S. 98) ... die Als-Ob-Täter prahlen ja noch mit ihrem Als-Ob. Sie geben ja ihre Harmlosigkeit pompös als „Humanität“ oder als Ehrfurcht oder gar als „Geist der Bergpredigt“ aus. Nichts schrecklicher übrigens, als wenn sich solche Bravheit und solcher „Mut zur Feigheit“ auf Jesus zu berufen wagt. (S. 99)

Unsere Gewaltausübung darf immer nur als Verzweiflungsmittel, immer nur als Gegengewalt, immer nur als Provisorium eingesetzt werden. (S. 102)

Gewaltlosigkeit gegen Gewalt taugt nichts. Diejenigen, die die Vernichtung von Millionen Heutiger und Morgiger, also unsere endgültige Vernichtung vorbereiten oder mindestens in Kauf nehmen, die müssen verschwinden, die darf es nicht mehr geben. (S. 104)

Auf Sie als Pazifisten kann man also nicht mehr rechnen.

Doch. Aber Frieden ist mir nicht Mittel, sondern Ziel. Und deshalb kein Mittel, weil Frieden das Ziel ist. (S. 108)

20 www.welt.de/politik/article3198422/

Beate-Klarsfeld-Nazis-jagen-Kanzler-ohrfeigen.html

21 <http://de.wikipedia.org/wiki/Farbbeutel>

22 www.tagesspiegel.de/politik/farbbeutel-und-pfiffe-gegen-joschka-fischer-proteste-bei-wahlkampfauftritt/336388.html,

Video auf <http://bibliothek.phoenix.de/videobeitrag,52.html>

23 www.zeit.de/1987/22/wie-war-das-gemeint

Ist Gewalt bei Aktionen notwendig?

Diese Frage ist von Bedeutung, weil eine Kritik des Militanten unterschiedlich ausfallen muss je nachdem, ob solche Aktionsformen notwendig oder prinzipiell ersetzbar sind. Ersetzbar wären sie, wenn mit anderen, weniger Menschen gefährdenden oder zerstörerischen Mitteln bessere, gleiche oder zumindest ausreichende Ergebnisse erzielt werden könnten. Nicht emanzipatorisch wäre, das ist bereits in der Kritik der Gewaltfreiheit erörtert worden, eine dogmatische Position, die die Aktionsmethode über die Ziele stellt – also nach dem Motto „Das Mittel heiligt die Zwecke“: Hauptsache gewaltfrei, egal wofür und mit welchem Ergebnis.

Eine Antwort auf diese Frage liefern gewaltfreie Zusammenhänge selbst: Ihnen fehlen für viele Situationen schlichtweg die Ideen für gewaltfreie Handlungsmöglichkeiten. Sie bleiben bei vielen Themen einfach weg oder organisieren nur symbolische Einmalaktionen, die mitunter ihren ergänzenden Nutzen haben, oft aber auch als Begleitfolklore des Kritisierten eher eigene Ohnmacht als Handlungsfähigkeit signalisieren.

Eine völlige Leerstelle zeigt der Umgang mit bewaffneter Unterdrückung durch Regierungen, Milizen oder Einzelpersonen und -clans. Zwar gibt es Versuche, die Widerstandspotentiale gegen Regime wie den Nationalsozialismus aus gewaltfreier Sicht zu beschreiben, doch diese Texte zeigen eine große Hilflosigkeit an. Die konkrete Entwicklung zum Dritten Reich zeigt eher an, wie schnell weitgehende Handlungsunfähigkeit entsteht, wenn politischer Protest nicht in selbstorganisiert-unberechenbaren Bahnen verläuft, sondern als zentral gesteuerte Opposition, die mit der Zerschlagung ihrer Zentren weitgehend lahmgelegt werden kann. Es ist nicht nur im Bezug auf die Phase von 1933 bis 1945 bedauerlich, dass entschlossene Menschen wie Georg Elser sehr selten waren, sondern es spricht auch für sich, dass gerade diese erst seit wenigen Jahren in der Geschichtsschreibung überhaupt wahrgenommen werden: Geehrt werden neben gewalt- (und weitgehend wirkungs-)losen sowie nicht grundsätzlich herrschaftsfeindlichen Oppositionellen, bevorzugt mit christlichem Hintergrund, vor allem gewalttätige, deutsch-nationale bis faschistische Kreise.

Aus Agnoli, Johannes/Brückner, Peter (1967), „Die Transformation der Demokratie“, Voltaire Verlag in Berlin (S. 30)

Nicht Brot und Spiele noch Wahlzettel, sondern die Gewalt hat im Laufe der bisherigen Geschichte soziale Kälte der Manipulation entzogen und Freiheit verwirklicht.

Aus Christoph Spehr (2003): „Gleicher als andere“, Karl Dietz Verlag in Berlin (S. 35)

Aufgrund der Komplexität von Herrschaftsinstrumenten ist das Gewaltmonopol übergeordneter Strukturen keine Lösung; es dient denen, die auf den anderen Ebenen (denen außer der »militärischen«) Vorteile haben und zur Anwendung bringen. Auch auf den anderen Ebenen von Herrschaftsinstrumenten bringt eine Politik, die der des Gewaltmonopols entspricht, keine Lösung – wir wissen heute, dass die Verstaatlichung von produktivem Eigentum und ökonomischer Verfügung an sich keineswegs bewirkt, dass strukturelle Unterord-

nung verschwindet. Die Politik der »Zivilisierung«, typisch für das demokratische Zeitalter, ist entsprechend ambivalent: Sie mag positive Elemente einer Abwicklung von Herrschaftsinstrumenten enthalten, zumeist wirkt sie jedoch negativ im Sinne einer Entwaffnung der Beherrschten, um sie desto reibungsloser den anderen Instrumenten und Ebenen von Herrschaft auszuliefern.

Aus „Thesen zur Autonomie“, in: Interim, Februar 2011

15. Die Autonomie setzt sich gegen jene zur Wehr, die ihr Recht auf Selbstbestimmung nicht anerkennen. Sie sucht den Bereich der Autonomie und der Selbstbestimmung auszudehnen, indem sie alles in ihren Möglichkeiten stehende tut, um Zwangs- und Herrschaftsstrukturen zu zerstören. Sie besteht konsequent darauf, sich das Recht auf selbstbestimmtes Leben Hier und Heute zu nehmen und verteidigt es militant.

16. Mit Militanz meint Autonomie kein bestimmtes Verhältnis zur Gewalt, schon gar nicht militaristisches oder militärisches Handeln, deren blinden Kadergehorsam, Allmachts- und Unterdrückungsphantasien sie verachtet. Unter Militanz versteht sie vielmehr eine Haltung, bei der die Einzelnen trotz des Risikos persönlicher Konsequenzen entschlossen danach streben, zu einer Übereinstimmung ihrer Überzeugungen und ihres Handelns zu gelangen. So verstanden bedeutet Militanz das Gegenteil von Opportunismus und Karrierismus – sie bedeutet selbstverantwortliches, reflektiertes, entschlossenes und offensives Handeln.

17. Autonomie strebt weder Zwangs- noch Gewaltausübung an. Die gemeinsame Gestaltung selbstbestimmter und emanzipatorischer Verhältnisse ist mit Mitteln der Gewalt nicht zu haben. Doch sie weiß, dass sich ihr Kampf nicht auf Appelle und Dialoge beschränken kann, dass die Vertreter_innen des Faustrechts und der Gewalt oft keine andere Sprache verstehen als eben jene der Gewalt und es notwendig sein kann, sich ihrer zu bedienen. Dabei ist klar, dass Gewalt zur Ausübung physischen oder psychischen Zwangs, unter Verletzung des gleichen Freiheitsspielraums Aller von augenfällig anderer Qualität ist als Gewalt, die zur Selbstverteidigung und Abwehr solchen Zwangs eingesetzt wird. Die Autonomie verweigert sich dem einseitigen und undifferenzierten Gewaltbegriff der Herrschaft, der tatsächliche Gewaltverhältnisse verschleiert. Sie sucht die Ursprünge und Strukturen der Gewalt, wo diese im Verborgenen oder in institutionalisierter Form existieren, macht sie sichtbar, benennt sie und greift sie an – dabei zieht sie Sachbeschädigungen und Sabotage vor. Autonomie betreibt keinen Fetisch der Gewalt; sie erwägt jedes mal von neuem, ob Gewalt geeignet ist, eine bestehende Unterdrückung zu thematisieren, skandalisieren oder zu beenden und ob vielleicht eine andere Handlungsmöglichkeit, z.B. eine List, nicht eine ebenso gute oder bessere Wahl wäre. Sie trachtet nicht nach der Verletzung von Menschen; sucht umsichtig auszuschließen, dass Unbeteiligte in Mitleidenschaft gezogen werden. Und wie jeder Mensch, der halbwegs bei Sinnen ist, weiß sie, dass zwischen Sachbeschädigung und einem Angriff auf Menschen Welten liegen.

Kann zwischen verschiedenen Formen von Gewalt unterschieden werden?

Anders als viele AnhängerInnen von Gewaltfreiheits- oder Militanzfetisch glauben, unterliegen Sachbeschädigung und Angriffe auf Menschen aus emanzipatorischer Sicht den gleichen Kriterien, nach denen

alle Aktionsformen überlegt, geplant, durchgeführt und reflektiert werden sollten. Das reicht von Fragen zur Methodik wie Angemessenheit, inhaltlicher Vermittlung, Zielgenauigkeit und Wirksamkeit über Strategien der Kooperation und Integration in Konzepte vielfältigen Nebeneinanders verschiedener Aktionsformen bis zu Überlegungen hinsichtlich möglicher Folgen durch Repression und politische Reaktionen. Unter diesen Gesichtspunkten gilt für Angriffe auf Material oder Menschen die gesamte Spannweite von „völlig daneben“ bis zu „sehr passend“, jeweils unter den voneinander abweichenden, subjektiven Sichtweisen der konkreten AkteurInnen. Weder Gewalt noch Gewaltfreiheit genießen einen Sonderstatus. Beide lassen sich pauschal und unabhängig von der Situation weder als schlecht noch als gut hinzustellen.

Gewalt muss aber besonders intensiv dieser abwägenden, hinterfragenden Betrachtung unterworfen werden: Sie hat nämlich, das liegt in der Natur dieser Aktionsmethode, regelmäßig nicht oder nur schwer wieder rückholbare Folgen. Das ist kein Gegenargument als solches, sondern ein besonderes Signal, Militanz klug zu planen und immer kritisch zu hinterfragen. Die aktuelle Praxis militanter Aktionen erfüllt dieses regelmäßig nicht. Das Zerstören von Fensterscheiben, das Abfackeln von Autos oder das Werfen von Steinen dokumentiert immer wieder eine beeindruckende Gedankenlosigkeit. Offenbar liegt den meisten gewaltförmigen Aktionen überhaupt keine Planung und keine Vermittlungsidee zugrunde – sie entsteht aus einer bloßen Laune zur Militanz oder sogar aus einem spontanen Bedürfnis heraus, die eigene Ohnmacht in Gewalthandlungen zu kompensieren. Insofern dürfte Gewalt eher die Folge der Strategiefeindlichkeit politischer Bewegung als bewusster Entschluss sein. Das gilt aber genauso für die massenhafte Teilnahme an peinlich platten oder bevormundenden Aktionen der Gewaltfreiheit, die aus Unwillen und Unfähigkeit zu selbständiger Aktionsorganisation folgt. So bleibt festzustellen: Der Reiz gewaltfreier und militanter Aktion entsteht aus ziemlich ähnlichen Quellen!

Wo aber Angriffe auf Material oder Menschen Ergebnis eines Prozesses von Planung, Abwägung und Aneignung von Handlungskompetenz sind, kann sich Gewalt als adäquates und zielführendes Mittel darstellen. Sie ist es immer dann, wenn gar keine anderen Mittel zur Verfügung stehen, Nichthandeln aber eine wesentliche Beeinträchtigung der eigenen Handlungsfähigkeit und der erwünschten Wirkung darstellen würde. Sie ist es aber auch, wenn der Gewaltverzicht eine erhebliche Verminderung der erwünschten Wirkung bedeuten würde.

Ein praktisches Beispiel auch hierfür: Im Protest gegen die Agrotechnik haben gewaltfreie Zusammenhänge von 2005 bis 2008 zu großen, symbolisch-praktischen Attacken auf Felder mit gentechnisch veränderten Pflanzen aufgerufen. Gegenüber den Umwelt-NGOs, die sich zum Teil sogar davon distanzieren und lieber am Gesprächstisch mit Mächtigen über politische Rahmenbedingungen (und ihre eigenen Fördergelder) verhandelten, war das schon mutig. Doch „Gendreck weg!“, das sich aus den klassischen gewaltfreien Zusammenhängen bildete, griff nur MON810 an, die Bauern gehörten. Die konnten sich

kaum wehren. Als MON810 verboten wurde, beendete „Gendreck weg!“ seine großen Aktionen. Für die hochbewachten Versuchsanlagen deutscher Agro-Gentechnik fehlte ihnen der Mut – und wahrscheinlich hätten ihre für die jährlichen „Feldbefreiungen“ zusammengetrommelten BürgerInnen eine Aktion, bei der erwartbar eine deutlich massivere Auseinandersetzung mit Bewachungspersonal oder Polizei gefolgt wäre, auch nicht mitmachen wollen.

Wer später die hochgesicherten Felder umlegte oder in anderen Fällen die notwendigerweise gut durchdachten Sabotageakte gegen Symbole oder Infrastruktur von Ausbeutung, Krieg oder Macht durchführte, ist unbekannt. Es spricht aber einiges dafür, dass es weder die AnhängerInnen der sich nur im Harmlosen aufhaltenden Gewaltfreiheit noch die der blanken und stumpfen Militanz waren.

Es ist ein riesiger Unterschied, ob eine als „terroristisch“ diffamierte, aber auch selbst in ihrer Gewaltsamkeit schwelgende Gruppe einen Arbeitgeberpräsidenten entführt, bereits da aus Desinteresse oder mangels Willen zu besserer Planung schnell mal ein paar Menschen als Kollateralschaden abknallt, um schließlich auch nichts Besseres zu wissen, als das Entführungsoffer zu erschießen (wobei die stärkere Trauer um den zuletzt Erschossenen die peinliche Neigung zur Verehrung deutsch-nationaler bis faschistischer Männer zeigt, also die Nummer mit dem 20. Juli 1944 neu aufgießt) – oder ob ein bewaffnetes Kommando (sorgsam im Vergleich zu den Kollateralopfern vorhergehender Anschläge) zunächst einen Gefängnisbau durchkämmt, alle Menschen her austreibt und dann, verbunden mit intensiver inhaltlicher Kritik, den Bau in die Luft sprengt. Es ist aus einem emanzipatorischen Verständnis von Meinungsvielfalt weiterhin zulässig, beide Aktionen abzulehnen oder gut zu finden. Aber zwischen diesen keinen Unterschied zu sehen, setzt eine bemerkenswerte Betriebsblindheit voraus. Gewalt kann, wie jede andere Aktionsform auch, schlau oder stumpf sein.

Das Nicht-Argument der Spielregeln

Angriffe auf Material oder Menschen sind, wenn sie mit emanzipatorischen Zielen erfolgen, so gut wie immer Verstöße gegen geltende Gesetze. Das Gesetz legitimiert neben dem auf seltene, persönliche Betroffenenfälle begrenzten Notwehrrecht ausschließlich Gewalt von oben, also durch VollstreckerInnen der sich offiziell aus der bestehenden Herrschaft ableitenden Gewalt. Diese besteht auf dem sogenannten Gewaltmonopol, welches festlegt, dass nur die im offiziellen System verankerte Herrschaft als Einzige auch noch direkte Gewalt ausüben darf – zusätzlich zu ihren sonstigen Privilegien. Die umfassen neben dem Zugriff auf fast unendliche personelle, materielle und finanzielle Ressourcen, dem dominanten Einfluss auf Diskurse und der Vereinnahmung als SprecherInnen des konstruierten Gemeinwillens das Setzen der Regeln. Gesetze, Normen, Verordnungen, Auflagen und Anweisungen stammen also aus der Feder derer, die auch über das Macht- und Gewaltmonopol verfügen. Zwar bilden diese Eliten angesichts ihrer Größe und Einbettung in die Gesellschaft zumindest in den modernen Demo-

kratien keine Einheit, sondern sind von internen Konkurrenzen durchzogen. Dennoch bleibt festzustellen, dass die Regeln der Gewalt von denen gesetzt werden, die auch die Ausführenden der Gewalt sind bzw. diese befehligen. Das Recht ist das Recht der Stärkeren.

Daraus ergibt sich, dass die bestehenden Regeln aus emanzipatorischer Sicht, die ja die Befreiung aus der Fremdbestimmung will, keinen Wert haben. Dass sie dennoch in einer Aktionsstrategie bedacht werden müssen, folgt dem Argument des abwägenden Vorgehens, in das auch mögliche Reaktionen der MachthaberInnen und Repression einfließen. Darüber hinaus können sie aber keine Bedeutung haben. Es ist also im emanzipatorischen Sinne angemessen, wenn z.B. in autonomen Konzepten oder auch manchen Statements des zivilen Ungehorsams die Selbstbestimmung bei der Wahl der Aktionsform (wie auch des eigenen Lebensstils) über den rechtlichen Rahmen gestellt wird.

Aus Jutta Ditfurth/Rose Glaser (1987): „Die tägliche legale Verseuchung unserer Flüsse und wie wir uns dagegen wehren können“, Rasch und Röhring in Hamburg (S. 283 f.)

Uns abverlangte Dauerbekenntnisse und Distanzierungsrituale sind eine prima Methode – weil auch genug darauf reinfallen (wollen) –, um vom allgegenwärtigen Staatsterrorismus abzulenken. Damit wir nicht darauf zeigen, von wem und gegen wen die Gewalt ausgeht: gegen Asylsuchende und Flüchtlinge aus Folterländern, die schon außerhalb der Grenzen dieses reichen Landes abgewiesen werden, gegen Menschen in der Dritten Welt, gegen Erwerbslose, gegen Frauen, gegen Arme, gegen Menschen in den psychiatrischen Anstalten, gegen Lohnabhängige durch inhumane und krankmachende Arbeitsbedingungen und niedrige Löhne, gegen alle Menschen durch die Zerstörung ökologischer Lebensgrundlagen, durch die Bedrohung mit Krebs, Waldsterben, Allergien, ..., durch sinkende Lebenserwartung und die Zunahme chronischer Krankheiten.

Ein Staat neigt dazu, immer mehr Macht anzuhäufen und einen immer größeren Gewaltapparat zu schaffen, um seine Herrschaft abzusichern. Das Gewaltmonopol des Staates zu akzeptieren heißt, ein Monopol der Gewalt zu akzeptieren, und bedeutet den Verzicht auf Widerstand, der mehr sein kann, als Protestbriefe zu schreiben oder mal was anderes zu wählen. Staatliche (Entscheidungs-)Gewalt zu dezentralisieren, an die Menschen zurückzugeben, heißt nicht, das Chaos ausbrechen zu lassen, sondern die ökologische Zerstörung und die soziale Verelendung um uns herum Schritt für Schritt zu beenden.

Perspektiven zur Gewaltfrage jenseits von Hegemonialkämpfen

Abschließend soll es um die Perspektiven gehen, die aus der Sackgasse herausführen, die mit dem Hegemonialanspruch der Gewaltfrage verbunden ist. Denn wer bestimmte Verhaltensnormierungen durchsetzen will, will Macht über die Menschen ausüben. Wenn der Staat dazu aufruft, auf Gewalt zu verzichten, dann wissen seine Vollstrecker, dass sie nicht darauf verzichten. Das ist auch vielen klar: Der Staat predigt Gewaltfreiheit und feiert Bombenattentäter, weil und auch nur wenn sie

der Nation dienen – ob in Afghanistan oder zum 20. Juli 1944. Gewaltfreiheitsdogma heißt hier schlicht Herrschaftssicherung. Doch auch in politischen Bewegungen ist die Debatte um Gewalt fast immer mit Hegemonialkämpfen verbunden. Es geht um die Dominanz über die Köpfe, die Medien und die praktische Organisation von Protest.

Für qualitativ hochwertige und passende Aktionen statt freiwilliger Selbstbeschränkung

Hier sollte weder der Gewalt noch der Gewaltfreiheit per se das Wort geredet werden. Sondern die Alternative lautet, die eigenen Aktionsformen frei und passend zur Situation zu wählen. Zudem kann es bedeuten, statt ständiger Distanzierung von Gewalt deren wichtige Bedeutung in der Geschichtsschreibung hervorzuheben und für die Aneignung emanzipatorischer und einfach kluger Aktionsmethoden ohne prinzipielle Ausschlüsse zu werben. Die Option der Militanz aber gehört dazu – unberechenbar nach außen, aber immer überlegt und hinterfragt eingesetzt von den AkteurInnen. Ob sie gezückt wird, hängt von der Situation und den Zielen ab.

Aus: Christoph Spehr, „Die Aliens sind unter uns“ (S. 184)

Wer nicht in der Lage ist, der anderen Seite weh zu tun, hat nichts Nennenswertes zu erwarten: dieser simplen Regel sind auf ihre Art alle Sektionen des Maquis gefolgt. Sie haben sich nicht ins Ghetto der „Gewaltlosigkeit“ einsperren lassen und sich darum bemüht, Fakten zu schaffen. Gewalt kann vielerlei bedeuten, vom Befreiungskrieg bis zum Streik, vom verbalen Angriff bis zum Outing, von der Enteignung bis zur Verweigerung reproduktiver Leistungen. ... Fanon betont, daß die Gegenmacht über den Aspekt der Durchsetzung hinausgeht, daß die Anwendung von Gewalt (welcher Art auch immer) eine Form der Selbstheilung ist, ein Bruch mit der eigenen Opfer-Identität, ein notwendiger Schritt, der eigenen beschädigten Identität die Erfahrung, sich wehren und ausbrechen zu können, zurückzugeben.

Für eine Protestkultur emanzipatorischer Vielfalt und Aneignung

Wirksame Aktionsstrategien sind oft Mangelware – zumal wirksam ein relativer Begriff ist, d.h. er hängt von der diskutierten Zielsetzung ab. Diese ist aber ebenfalls nur selten klar, so dass eine entsprechende Analyse der Qualität von Aktionsformen anschließend ebenfalls unterbleibt. Dieser Mangel politischer Bewegung muss überwunden, d.h. über Aktionsformen und -strategien künftig mehr und intensiver, vor allem auch als Erfolgsbewertung und bezogen auf dann folgende Aktionen diskutiert werden. Streit und Kritik sind gewollt und dienen dabei der Verbesserung von Inhalt und Strategie, nicht der Ausgrenzung.

Die meisten der in jüngster Zeit gelaufenen Aktionen und Kampagnen zeigen eher ein enormes Defizit politischer Strategie. Selbst Qualitäten, die vor zehn oder mehr Jahren schon Stand der Dinge gewesen sind, sind verloren gegangen: Pressearbeit, Informationsflüsse innerhalb von

Bündnissen usw. Diese wiederzugewinnen, ist Mindestziel. Tatsächlich muss die politische Strategieentwicklung aber darüber hinaus gehen, die eigenen Aktivitäten hinterfragen und weiterentwickeln. Besonderes Ziel wird sein, vielfältige Aktionsansätze zu schaffen, d.h. das Mit- und Nebeneinander verschiedener Aktionsformen, z.B. gewaltfreier und militanter. Es wird noch vieles entworfen und ausprobiert werden müssen, damit sich diese Vielfalt zu einer Stärke entwickelt, sich die einzelnen Aktionen gegenseitig stärken, unterstützen und insgesamt wirkungsvolle, vielfältige Strategien hervorbringen. Ein Nebeneinander von Militanz und gewaltfreier Aktion ist möglich und fördert die öffentliche Debatte – das beweisen die Castor-Auseinandersetzungen, die mit ihrem Streckenkonzept seit Jahren die große Ausnahme organisierter Vielfalt sind.

Reinhard Jessel, „Über Gewalt“ in: Junge Welt, 7.2.2009 (S. 7)
Warum sich auf Rechte berufen, die nutzlos sind, oder die man sich nicht leisten kann? Politische Phantomrechte in Anspruch zu nehmen, wie z.B. sich als Stimmvieh von einer Horde größenwahnsinniger Staubaugervertreter verarschen zu lassen oder demonstrierend am Demokratiefasching teilzunehmen und sich damit zu begnügen, zeugt unserer Meinung nicht gerade für einen kritischen Intellekt, der die Mächtigen schlecht schlafen lassen muß. Den wie bereits Carl von Clausewitz bemerkte, besteht in einer kriegerischen Auseinandersetzung ein entscheidender Vorteil darin, sich das Schlachtfeld selbst auszusuchen, und damit dem Gegner die Bedingungen seiner Reaktionen aufzuzwingen. Statt aufwendige Show-Veranstaltungen wie am Heiligendamm zu besuchen, wo Sitzblockaden aus den bürgerbewegten 80er Jahren nachgestellt werden, die anscheinend den Zweck erfüllen, einerseits Polizeieinheiten ein Gratistraining für den Bürgerkrieg zu spendieren, den wir in 20 Jahren haben werden, wenn sich nichts ändert, andererseits den Protestierern eine Stärke vorzugaukeln, die sie freilich gar nicht haben, sollte man sich eher wieder darauf konzentrieren, gezielte Aktionen an neuralgischen Punkten durchzuführen, für die es wiederum keine hunderttausend Demonstranten braucht, sondern ein paar glückliche gut Organisierte.

Doch kann mensch sich überhaupt auf Strategien festlegen, ohne die Situation zu kennen?

Heinz von Förster/Bernhard Pörksen (8. Auflage 2008), „Wahrheit ist die Erfindung eines Lügners“, Carl Auer in Wiesbaden (S. 154)
Worauf es ankommt ist, daß ethische Fragen nicht zurückgelehnt im Lehnstuhl besprochen werden können; sie ergeben sich in einer konkreten Situation, sie sind nicht abgehoben und losgelöst debattierbar. Natürlich bin ich auch ein Erkenntnistheoretiker und war Mitglied einer Universität, aber wenn Sie nach einer ethischen Dimension fragen, dann geht es um die Praxis, um Down-to-earth-Probleme und nicht um jene Kategorien und Begriffssysteme, die akademische Clubs und ihre Spezialisten so sehr faszinieren.

Es geht also nicht um Gewalt als solche, sondern um die Qualität. Damit gilt für die Gewaltfrage nichts anderes als für andere strategische Fragen und alle Protestformen: Für jede Aktion und jedes politische Ziel, passend zu den Rahmenbedingungen und den aktionstragenden Gruppen muss neu diskutiert werden, welche Aktionsformen sinnvoll sind.

Die Anwendung von Gewalt bzw. die Strategie der Militanz ist dabei keine dominante Fragestellung. Sie ist eine der vielen zu diskutierenden Punkte, wenn es um Aktionsformen geht – neben anderen Fragen wie der nach politischen Grundaussagen (Motto oder der Titel einer Aktion), Zeitpunkt, Ort usw. Im allgemeinen gehört die Gewaltfrage aber nicht zu den Fragen, bei denen eine Einigung auf eine einengende Strategie nötig ist, weil ohne Probleme verschiedene Stile neben- und miteinander möglich sind. Wie das jeweils erfolgen kann, welchen Abstand (zeitlich und/oder räumlich) sie eventuell zueinander halten, ist eine Frage strategischer Absprachen innerhalb vielfältiger Aktionsstrukturen. Diese Form der Vielfalt gilt für die Frage der Militanz genauso wie für viele weitere Fragen, in denen nebeneinander verschiedene Positionen bestehen können. Gruppen können diese Unterschiedlichkeit sogar benennen – wie das z.B. bei Castor-Aktionen auch gemacht wird. Dort gibt es offen dargestellt die Vielfalt mit unterschiedlichen Ansätzen in der Militanzfrage: Gruppen wie X-tausendmal quer mit ihrer dogmatischen Gewaltlosigkeit neben aggressiv-militanten Gruppen und solchen, die beide Positionen akzeptieren. „Gewaltfrei oder militant – wichtig ist der Widerstand“ ist hier Tradition. Ebenso herrscht solche Vielfalt bei anderen Fragen, z.B. von der auf den Castortransport beschränkten politischen Position bis zu allgemein gesellschaftskritischen Parolen und Forderungen.

Unkalkulierbar werden und bleiben

Ein wichtiges Ziel emanzipatorischer Aktionsformen ist die kreative Unkalkulierbarkeit. Flexibilität und die Fähigkeit, Aktionsstrategien jederzeit weiterentwickeln zu können, sind wichtig. Jegliche dogmatische Selbstbeschränkung, vor allem die nach außen benannte, wird es dem mit Gewaltmonopol ausgestatteten Staat, aber auch politischen GegnerInnen leichter machen, mit den Aktionen umzugehen. Sichtbar ist das z.B. an den Strategien der Polizei. Diese haben Massendemonstrationseinsätze geübt und drängen deshalb VeranstalterInnen zu geschlossenem Auftreten (siehe Aktionen in Köln im Juni 1999 oder das Drängen der Polizei, spontane Aktionsformen wie RTS oder Critical Mass als angemeldete Demonstrationen zu organisieren). Daher sollten neue und kreative Aktionen entwickelt werden, die die auf Konformität eingestellte Polizei zur Zeit überfordern würde. Die Polizei würde aber nach einiger Zeit reagieren, d.h. die Aktionsformen müssen ständig weiterentwickelt werden. Dafür bedarf es einer Aktions- und Streitkultur, die Abweichung fördert. Denn nur aus Kreativität und Unzufriedenheit mit dem Status Quo erwächst das Neue. Hierarchien und Vereinheitlichung stehen dem ebenso im Wege wie deren RepräsentantInnen. Politische Bewegung im deutschsprachigen Raum ist durchzogen vom Festhalten an alten Verhaltensmustern, weil die den jeweiligen Eliten ihren Status bzw. ihr Einkommen sichern. Das gilt auch im anarchistischen Lager, wo Platzhirsche neuen Ideen mit Ausgrenzung, Diffamierungen und anderen schmutzigen Tricks statt offener Debatte entgegentreten. Ergebnis ist die aktuelle Phantasie- und Inhaltslosigkeit.

keit, die zu ein-punkt-bezogenem Aktionismus oder zur Anbiederung an Machtstrukturen (NGOs, Bewegungsagenturen, interne Hierarchien) führt.

Modelle für eine organisierte Vielfalt eigenständiger, kreativer Aktion statt geschlossener Einheiten sind selten – aber es gibt sie:

- Nachdem 1999 in Köln 30.000 Menschen in einer langweiligen Demo fast unbemerkt durch die Stadt latschten, entwickelte eine Gruppe den Slogan 1000 mal 30 statt 1 mal 30000. Idee war, Aktionen mehr auf Vielfalt und Selbstorganisation aufzubauen statt auf Masse und Geschlossenheit. Die Idee fand in der deutschen sozialen Bewegung keinen Widerhall. Dort herrschte von radikal bis angepasst Einigkeit: Hierarchie, Zentralismus und Einheitlichkeit sind gut. Nur um die Posten der Führung wird gestritten.
- In Rostock zum G8-Gipfel 2007 agierten ca. 80000 Menschen, meist jedoch als Einheit. 4000 Aktionsgruppen mit je 20 Personen hätten ein interessantes Bild abgegeben. In Seattle beruhte die Wirkung besonders auf dieser vernetzten Selbstorganisation. Ob eine Kleingruppe militant agierte oder nicht, war dort ein Nebenaspekt. Rostock war anders, ganz anders. Dabei hatte es im Vorfeld einige kleine selbstorganisierte Aktionen gegeben: Ein leerstehendes Hochhaus wurde bemalt, die Gentechfabrik in Lüsewitz tagelang attackiert, die Siegestsäule erklommen, manch Brandsatz gezündet. Doch als die Masse sich formte, verschwand all das weitgehend.
- Am bekanntesten ist das Streckenkonzept zum Castor-Widerstand. Hier verwirklichen entlang der Schienen- und Straßenkilometer unterschiedlichste Gruppen ihre Art von Widerstand. So entsteht eine bunte Mischung – und sichtbar die höchste Wirkung.

Klare Positionen benennen

Aktionen sollten klare Positionen benennen – am besten radikale, denn öffentliche Aktionen dienen der Formulierung der „reinen“, also von politisch-taktischen Überlegungen freien Forderungen. Neben dem speziellen Anlass oder Motto einer Aktion können allgemeinpolitische Positionen eingebunden werden und Grundlage von Bündnisbildung sein. Beispiele: Eine Aktion gegen einen Abschiebeknast verbunden mit der Forderung eines Abschiebestopps oder offenen Grenzen insgesamt. Die Aktion gegen den Castor-Transport verbunden mit der Forderung nach Atomausstieg, Energiewende oder Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln. Usw. Wenn eine solche Zielrichtung die Grundlage der Aktion ist, sollte das klare Profil auch nicht aufgegeben werden, z.B. um Organisationen zu gewinnen, die diese Positionen nicht mittragen würden. Der Mut zu klaren Positionen ist unabdingbare Grundlage politischer Wirkungsfähigkeit. Denkbar wäre erneut organisierte Vielfalt, um Abweichungen zu ermöglichen.

Fazit: Mehr Hirn!

Gewalt muss angemessen, kommunikativ und zielgenau sein, ...

Welche Gewalt ist wann angemessen? Jede politische Position oder Aktion muss diskutiert und strategisch vorbereitet werden. Ebenso kann jede Erfahrung der kritischen Analyse dienen, um Strategien weiterzuentwickeln. Dazu gehört, dass verschiedene Vorschläge für Aktionsformen und -inhalte eingebracht werden – gewaltfreie, militante und erst einmal einfach alle! Sowohl die Kritik an gewaltfreien Positionen, Strategien oder Dominanzen kann voranbringen als auch die an militanten Konzepten oder Verhaltensweisen. In allen Fällen ist zwar zulässig, einzufordern, dass Strategien, Positionen oder politische Zielaussagen insgesamt oder innerhalb eines Bündnisses für alle gelten sollen. Aber das wird zu begründen sein und ist nie Ausgangspunkt der Debatte – denn sonst wäre das, wenn die Trickkiste der KonsensfetischistInnen greift, nur noch *vetolos* zu ändern. Das gilt auch für die Gewalt. Wer einfordert, eine Aktion müsse insgesamt militant ablaufen, muss das aus Lage, Strategien, Möglichkeiten und Zielen heraus begründen. So gilt es für alle. Immer wird erst die Frage nach der Angemessenheit zu stellen sein: Welche Form ist wann richtig? Ist es nötig, dass Entscheidungen für alle gelten?

Es spricht vieles dafür, dass der grundsätzliche Verzicht auf Gewalt die Aktionsmöglichkeiten stark einschränkt. In der Folge sind gewaltfreie Aktionsgruppen besser kalkulierbar für die Staatsmacht, deren Anwesenheit jede Aktion potentiell gewalttätig macht, weil sich der Staat nicht auf den Gewaltverzicht einlässt. Dieser ist immer einseitig. Für viele Fragestellungen sind Aktionen gar nicht mehr machbar. Gewaltfreie Aktionen haben ihre Grenze dort, wo staatliche oder sonstige Gewalt nicht mehr gewaltfrei abzuwenden ist. Der Krieg gegen Jugoslawien war nicht nur ein quantitativer Misserfolg politischer Mobilisierung, sondern auch ein qualitativer: Die gewählten Aktionsformen, stark von gewaltfreien Gruppen mit ihrem hohen Interesse an antimilitaristischen Positionen geprägt, blieben stumpf gegen eine sich routiniert abwickelnde Kriegsmaschinerie. Ob Militanz, z.B. gegen Rüstungskonzerne, Parteibüros, Ministerien usw. mehr gebracht hätte, ist fraglich – muss aber diskutierbar sein.

Es sind bereits genügend Beispiele für Gewalt gegen Menschen beschrieben worden, die überlegt und passend zur Situation wirkten. Es wäre die Frage an dogmatisch Gewaltfreie, warum sie sagen würden: Georg Elser, Beate Klarsfeld – das war falsch! Zudem sind sie nicht allein: Als Marathonläuferin Kathrine Switzer²⁴ im Jahr 1967 mit abgekürztem Vornamen an einem Marathon in Boston teilnahm, fiel das zunächst nicht auf. Die peinlich-patriarchale Männergesellschaft zeigte bis dato, dass Diskurs und Dummheit nicht nur mit gleichem Buchstaben anfangen. Sie postulierte die Gefahr, dass die Gebärmutter beim

²⁴ www.fr-online.de/sport/marathon-pionierin-kathrine-switzer--ich-wollte-zeigen--dass-frauen-das-schaffen-,1472784,10892948.html

Laufen herausfallen würde und verbot Frauen den Langlauf. Als Switzer entdeckt und von Medien sensationsgeil fotografiert wurde, stürzten sich die Veranstalter auf sie und versuchten sie, aus dem Rennen zu zerren. Mitlaufende Männer gaben ihnen auf die Nuss. Switzer stieg zwar als Reaktion trotzdem aus, aber der Vorgang machte das Ganze berühmt und trug zum Ende der krassen Diskriminierung in diesem Bereich bei.

Vergleichen wir die Handlung von Beate Klarsfeld einmal mit der von Rosa Parks. Letztere ist (auch das wissen viele derer nicht, die sich auf Gewaltfreiheit beziehen), eine der wichtigsten Aushängeschilder gewaltfreier Aktion. Sie hatte sich geweigert, in Zeiten der Apartheid in den USA einen der für Schwarze vorgesehenen Plätze im Bus einzunehmen. Ihre Weigerung und die Reaktionen lösten die überregional wirkungsvollen Proteste der schwarzen Bürgerrechtsbewegung (mit) aus. Die Courage von Rosa Parks gilt heute als Sternstunde gewaltfreier Aktion. Ob sie das allerdings wirklich ist, lässt sich im Nachhinein nicht beurteilen. Denn dem Dogmatismus der Gewaltfreien würde sie nur entsprechen, wenn sie aus gleicher Ideologie, also einer Bekenntnis-Gewaltfreiheit erfolgt ist. Hätte Rosa Parks (vielleicht auch zusammen mit anderen) aber ihre Aktionsform überlegt und als angemessen sowie ausreichend provokativ bewertet, so wäre das konkrete Handeln einfach die Entscheidung gewesen, die von einer Personen in der konkreten Situation als sinnvoll eingestuft worden wäre – so wie Beate Klarsfeld ihre Ohrfeige als angemessen bewertet und Kiesinger eine runtergehauen hatte (was ihr erstinstanzlich ein Jahr Haft einbrachte – soviel ist deutschen RichterInnen eine symbolische Geste gegen Nazi-Täter wert!). Wenn beide Handlungen, die von Rosa Parks und die von Beate Klarsfeld, die in der jeweiligen Situation und für die ausgewählten Ziele angemessenen Formen waren, dann sind sie sich in ihrer Qualität sehr ähnlich. Die dogmatische Gewaltfreiheit würde sie aber zwei scheinbar diametral gegenüberstehenden Kategorien zuordnen. Das ist, weil es das menschliche Denken in Schubladen presst, anti-emanzipatorisch.

Die Alternative wäre die Aneignung von Knowhow, Entscheidungskompetenz, das Analysieren von Situationen und – nach einer Handlung – die kritische Reflexion, um uns in jedem Einzelfall für die angemessene, d.h. vom Grad der Intervention, von Außenwirkung und Vermittlung her passende Aktion zu entscheiden, die zudem noch repressive Folgen vermeidet. Der Mensch im emanzipatorischen Blickwinkel ist Akteur und Entscheider – aber mit analytischem Interesse, d.h. abwägend, hinterfragend und kreativ.

Aus dem Kommentar „Autonomer Krawall“, in: Junge Welt, 3.7.2007 (S. 3)²⁵

Es gab in der Vergangenheit immer wieder politisch und strategisch kluge Aktionen von autonomen Aktivistinnen und Aktivisten. Selbstbestimmt, daher der Begriff. Rostock zählt wohl nicht dazu. Eine Bundestagsabgeordnete stellte bei einer nachbereitenden Anhörung die Frage, was denn gewesen wäre, wenn Autonome die Spähpanzer der Bundeswehr angegriffen hätten. Gute Frage!

²⁵ www.jungewelt.de/2007/07-03/028.php

Leider, aber auch erwartungsgemäß, griffen die Autonomen und andere Beteiligte solche Ziele nicht an. Ihre Militanz war und ist einfach schlecht.

..., Gewaltfreiheit auch

Überlegt und reflektiert vorzugehen, gilt aber nicht nur für militante Aktionen, wenn es auch dort eine besondere Wichtigkeit hat angesichts möglicher Folgen. Gewaltfreie Aktionen wirken oft schematisch, auf bloße Massenmobilisierung und nette Sonntagsausflüge ausgerichtet. Event und Happening stehen im Mittelpunkt. Angesprochen davon fühlen sich vor allem bürgerliche Kreise, deren Leben auch ansonsten zu einer weitgehenden Routine mit überdurchschnittlichem Verdienst, Eigenheim, Erst- und Zweitauto sowie regelmäßigem Einkauf im Bioladen verkommen ist. Es wäre wichtig, wenn in diesen Kreisen wieder eigene Handlungsfähigkeit entwickelt wird. Denn emanzipatorische Veränderung ist keine Sache von Events mit bunten Einladungskarten, sondern Handarbeit überall. Je größer der Fundus angeeigneter Fähigkeiten ist, desto besser lassen sich in den konkreten Situationen Anwendungschancen nutzen. Was jeweils passt, muss nach konkreter Lage ausgewählt werden. Wer aber regelmäßig an große NGOs spendet, 1-2x im Jahr an vorgekauften Events teilnimmt und schließlich noch eine vorgedachte Protest-Email an die Bundeskanzlerin schickt, lebt alles andere als widerständig. Solch ein Protest ist perfekt eingepasst in die Normalität der Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft – und das soll er auch! Emanzipatorische Widerstandskultur hingegen lebt im Alltag und in der selbstorganisierten Gruppe von Menschen, ihren Ideen und Kooperationen. Sie zehrt aus dem Wissen um Handlungsmöglichkeiten, um möglichst selten ohnmächtig oder ideenlos wegzugucken zu müssen.

In Bezug auf den Anteil der Gewalt an solcher Handlungsfähigkeit empfiehlt es sich dann, Mahatma Gandhi, endlich einmal zu lesen. Dann würde klarer, welche Rolle diese Legende der Gewaltfreien der Gewalt tatsächlich zugebilligt hat. Er war erkennbar ein Gegner der Gewalt und suchte – bekannterweise recht erfolgreich – Aktionsformen, die ohne Gewalt funktionierten. Aber er war nicht so ideologisch verblindet wie die meisten der heutigen ProphetInnen oder AnhängerInnen der dogmatischen Gewaltfreiheit, dass sein Wunsch immer in Erfüllung gehen würde. Daher räumte er in seinen Überlegungen der Gewalt einen Platz ein: Wenn es gewaltsame Lösungen gäbe und keine anderen, dann sollte die Gewalt dem Nichtstun vorgezogen werden. Gandhi kam nie an diesen Punkt oder es ist nicht überliefert bzw. die Geschichte hier passend gemacht worden, aber er wusste, dass es keine Garantie geben könne. Er hat die Gewalt nicht verteufelt, sondern als Handlungsoption belassen.

Das wäre das Mindeste, was als Update einer emanzipatorischen Gewaltfreiheit nötig wäre: Das Dogma zu verlassen und das eigene Abwägen zuzulassen. Wenn am Ende herauskommt, dass Gewaltfreien immer etwas einfällt, wie in einer konkreten Aktion Widerstand ohne

Gewalt möglich ist – umso besser. Sie würden dann aber Teil eines Nachdenkprozesses um Aktionsmöglichkeiten werden, der die Handlungskompetenz immer weiter vorantreibt. Das wäre ein wichtiger Beitrag zu Emanzipation.

Mahatma Gandhi, zitiert in Gordon, Uri (2010): „Hier und jetzt“, Nautilus in Hamburg (S. 121)

Ist Gewalt in unserem Herzen, ist es besser, Gewalt auszuüben, als sich den Mantel der Gewaltlosigkeit umzuhängen, um unsere Impotenz zu verhüllen. Gewalt ist immer der Impotenz vorzuziehen. Ein gewalttätiger Mensch kann noch gewaltlos werden, für den Impotenten besteht solche Hoffnung nicht.

Aktions-Know-how entwickeln und aneignen

Im Zentrum emanzipatorischer Aktionskultur steht also die Aneignung von Handlungsfähigkeit. Das hilft in alle Richtungen. Es vermeidet Gewalt, weil viele der Angriffe auf Material oder Menschen eine Folge gefühlter Ohnmacht sind. Diese folgt aus mangelnder Vorbereitung und/oder fehlendem Knowhow. Viele militante Attacken strahlen eine bemerkenswerte Hilf- und Orientierungslosigkeit aus. Insofern sind die gewaltfreien Zusammenhänge schlecht beraten, mit ihren Einheitskonzepten und Instantaktionen selbst dazu beizutragen, Menschen unselbständig zu machen. Vor dem Hintergrund ihrer Jagd nach SpenderInnen und willigen MitläuferInnen ist das zwar verständlich, aber weder ein emanzipatorischer Ansatz noch stärkt es die Idee gewaltfreier Aktion.

Auch den Militanten könnte die Aneignung von mehr Aktions-Know-how nicht schaden. Denn bessere Wirkung und Effizienz würden deren Aktivität mehr Sinn und auch mehr Befriedigung verleihen. Für alle Protestformen nützlich wäre zudem das Wissen um Vermittlungsmöglichkeiten, von Medienarbeit über Kommunikationsguerilla, und verstecktem Theater bis zu Gegenöffentlichkeit z.B. eigenen Medien.

Gewaltfrei oder militant – wichtig ist die Qualität: Wir brauchen eine Charmeoﬀensive für kreative, reflektierte, inhaltsreiche und direkte, also einfach „gute“ Aktion!

Mit der Aneignung und Anwendung kreativer, durchdachter und gut vermittelter Aktionen kann und sollte eine Werbung für solche Aktion einhergehen, sowohl für die Teilnahme an Protest wie auch für die Entwicklung eigener, selbstorganisierter Handlungen. Freude, nicht nur klammheimliche, über gelungene Aktivitäten – gewaltfreie wie militante –, Trainings (ruhig auch öffentliche und plakative) und viel mehr Vermittlung von Wissen und Beispielen können eine Charmeoﬀensive für das Einmischen ins öffentliche Leben bilden. Es wird Zeit, dass Sich-Wehren sowohl aus der Ecke der verbissen-einfältigen Militanz wie auch aus den zur Begleitfolklore für das Unvermeidliche verkommenen Instant- und Schafherdenmobilisierungen heraus kommt

und zu einem attraktiven, wirksamen Alltagswiderstand unbeugsamer, kreativer und abwägender Menschen wird.

Aus dem Papier des AK Vermittlung (2007): „Militante Praxis“²⁶
Militante Praxis ist anschlussfähig. Bei Plünderungen machen Dritte begeistert mit. Abschiebungen von geliebten, bekannten Menschen animieren NachbarInnen und KlassenkameradInnen zum Blockieren. Wer es wagt, Grenzen zu übertreten, Regeln zu brechen, entdeckt eine Erweiterung der eigenen Kraft. Der Horizont endet nicht mehr beim Fahrkartenkontrolleur. Militante Praxis vermittelt die Erfahrung dass wir Viele sind und Kontrolle verweigern können. Dadurch wird erfahrbar, dass Grenzen nicht da enden wo ein Gesetzgeber sie festlegt. Grenzen können erweitert und selbst bestimmt werden. ...

Militante Praxis ist mehr als Sachschaden anrichten oder Steine werfen! Deswegen noch einmal ausdrücklich: Es geht auch, aber nicht per se um Steine werfen, sondern darum, gesellschaftlich vorgegebene Spielregeln für politische Opposition bewußt zu brechen. Es geht darum eine unvereinbare Haltung gegenüber dem herrschenden System einzunehmen, sowie durch das eigene Handeln den Auswirkungen dieses Systems direkt entgegenzuwirken.

1. Militante Praxis bedarf hoher Verantwortung. Menschen unterlaufen Fehler und Irrtümer. Militante Praxis muß mit Achtsamkeit geplant und ausgeübt werden.

2. Militante Praxis ist nur horizontal denkbar. Vertikale Organisation lehnen wir ab. Unser Bezugsrahmen hierfür ist, wie gesagt, der europäische Raum. Unter anderen Rahmenbedingungen muß sich Widerstand unter Umständen militärisch organisieren.

3. Den Aktionen und Planungen anderer linker politischer AkteurInnen begegnen wir mit Respekt. Mit Respekt ist ein nicht-instrumentelles Verhältnis zu Anderen gemeint. Aktionen Anderer sollen nicht für Militante Praxis vereinnahmt werden Z.B. muss in einer Bündnisdemonstration vorsichtig abgewogen werden, welche Auswirkungen eine Aktion auf des Gesamtgeschehen hat. Dies bedeutet nicht, dass daraus der Umkehrschluss aufgemacht wird, Militante Praxis sei abzulehnen und zu vermeiden, wo Planungen anderer berührt würden.

4. Auch wenn zum Geheimrezept von Massenmilitanz Spontaneität und Impulsivität gehören, läßt sie sich planen und führt so zu größerem Erfolg. Dies wird sich leider immer seltener zu Eigen gemacht.

...
 5. Die körperliche Unversehrtheit aller Beteiligten ist eine Grundvoraussetzung für Militante Praxis. Dazu gehört, MitaktivistInnen nicht zu verletzen; sei es durch Steinwürfe aus der 10. Reihe oder das Erzeugen hektischer und unübersichtlicher Situationen, bei denen z.B. Kinder oder langsame Menschen umgerannt werden. Genauso wichtig ist uns die körperliche Unversehrtheit Dritter. Das bedeutet etwa, keine Gebäude anzuzünden in denen sich Menschen aufhalten oder deren Brand sich auf andere Gebäude ausbreiten könnte.

...
 7. Ziele von Militanz sind solche, die die Herrschenden (wer auch immer das sein mag) treffen, Herrschaftsstrukturen, Zwangsräume (wie z.B. Lager, Knäste oder Schulen) demontieren, sowie Kriegs- oder Zwangsmaterialien (Fahrzeuge, Zäune, Kameras) zerstören. Ziel kann auch das Entern einer Bühne der eigenen Bündnispartnerin sein, um einen ausgebooteten Redebeitrag durchzusetzen.

²⁶ www.indymedia.org/de/2007/10/894477.shtml

8. Der Besitz von Privatpersonen (Kleinwagen, Vorgärten, Gartenzäune) oder öffentliche Infrastruktur (Bushaltestellen, Briefkästen) sollte kein Ziel Militanter Praxis sein. Kontextbezogen sind andere Einschätzungen möglich, wie z.B. Schienen beim Castor-Transport, Innenstädte beim G8 oder das Anzünden eines Kleinwagens für eine wichtige Barrikade. In all diesen Fällen kommt es auf die Abwägung und politische Begründung an!

9. Die Motivation für Militante Praxis muß stets reflektiert werden. Unhinterfragte Massenmilitanz reproduziert hegemoniale Männlichkeit. Militante Praxis darf kein identitäres Ritual sein. ...

11. Militanz schafft Erregungskorridore. Deutungsversuche Militanter Praxis, insbesondere der Massenmilitanz, werden zu oft kommerziellen Medien, staatlichen Autoritäten und Nichtregierungsorganisationen überlassen. Wir müssen uns diese Deutung wieder aneignen und unsere Argumente verstärkt in den Diskurs einbringen. Mehr Aufmerksamkeit für linksradikale Politik!

Die wichtigen Fragen stellen!

Die Qualität von Aktionen macht sich nicht daran fest, ob eine bestimmte Aktionsmethode angewandt wird oder nicht. Denn ob eine Methode passt oder nicht, hängt vom Ziel, noch mehr aber von der Situation ab. Ob ich ein Genfeld zerstören oder den Castor stoppen will, ist eine ganz andere Entscheidungsgrundlage als wenn gerade ein Abschiebehäftling ins Flugzeug geschleift wird oder ein Kampfbomber in den Krieg startet. Will ich unabhängig von konkreten Vorkommnissen mit Straßentheater oder Verteilen von Fakes informieren oder zum Nachdenken bringen, ist das wieder eine andere Sache. Wer Aktionsformen festlegt, ohne zu wissen, für was, agiert mit einem Dogma oder einer religiösen Identität.

Das bedeutet aber nicht, dass es gleichgültig ist, wie mensch agiert. Es gibt eine Menge wichtiger Kriterien – was Menschen wichtig ist, müssen diese selbst entscheiden. Hier sollen ein paar Aspekte aufgezählt werden, die in Frage kommen. Sie gelten für alle Aktionsformen, also auch für gewaltfreie und militante.

- Emanzipatorische Inhalte zum Ausdruck bringen
Politische Aktion soll Inhalte vermitteln (ist zwar eine Binsenweisheit, wird aber oft vergessen). Verbandssymbole sind kein Inhalt, Dresscodes auch nicht. Steine und Unterschriftensammlungen allein auch nicht. Bei vielen Demos oder Infoständen müssen sich BeobachterInnen fragen, um was es eigentlich geht. Das ist von außen kaum erkennbar. Für eine emanzipatorische Politik sind aber nicht nur das Vorhandensein und die Erkennbarkeit von Inhalten wichtig, sondern auch deren befreiende Qualität. Herrschaft und Zwang scheiden sowohl als Ziel wie auch als Mittel emanzipatorischer Veränderung aus. Die meisten politischen Forderungen aktueller Zeit beinhalten aber genau das: Mehr Staat, mehr Kontrolle, Nazis in Knäste, härtere Strafen (aber für andere), mehr Gesetze usw. Das ist bei Gewaltfreien und Militanten gleich, ebenso bei den meisten anderen Strömungen.

- **Kommunikativer werden**
Die moderne Welt ist kommunikativ organisiert. Symbole und Überzeugungen zählen immer mehr, die harten Formen des Zwangs verschwinden hinter ihnen. Sie werden nicht entfernt, sondern durch Symbolik überprägt – ein Kampfbomber wird zum Demokratiebringer, ein Polizeiknüppel dient dem sicheren Leben aller usw. Emanzipatorische Politik basiert auf horizontaler Kommunikation. Die fehlt bei Reden Weniger vor Vielen. Sie lebt nur, wo es direkte Gespräche zwischen Menschen gibt. Aktionen sollten so angelegt sein, dass sie Interesse wecken, noch besser Erregung schaffen und dann in direkte Kommunikation münden.
- **Widerstandsformen für den Alltag entwickeln**
Eventhopping oder das Warten auf professionell gesteuerte Kampagnen zum Mitmachen der Marken Greenpeace, Campact usw. haben viel mit Profi-PR, Mitglieds- und Spendenwerbung, aber wenig mit gesellschaftlicher Veränderung von unten zu tun. Wichtig ist massenhaft widerständiges Leben, dass sich auch unabhängig voneinander und an vielen Orten in vielen Facetten widerständig zeigt.
- **Know-how aneignen**
Gerade wenn politische Aktion stärker in den Alltag getragen werden soll, hilft es, wenn sich mehr Menschen Know-how zu Aktionsformen aneignen. Wer wozu Lust hat oder was wichtig ist, bedarf keiner zentralen Steuerung: Kommunikationsguerilla, Layout von Flugblättern, Sabotagetechniken, verstecktes Theater, Schlösser öffnen, Mollis bauen – Emanzipation heißt immer auch, die eigenen Handlungsmöglichkeiten zu erweitern. Nur dann kann ich frei entscheiden, was ich wann in welcher Situation will. Und brauche nicht mehr diese nervigen Bewegungs-Eliten, die Menschen als Schaf in ihrer Herde haben wollen.
Ideen und Beispiele unter www.direct-action.de.vu.
- **Mut zu Utopien: Neue Spinner braucht die Welt!**
Kann es sein, dass viele politische AkteurInnen, vor allem aber die Eliten von Bewegungen und Organisationen ein Hauptaugenmerk darauf richten, mit ihrer Form von Protest genau bei denen auf Anerkennung zu stoßen, denen sie selbst vorwerfen, überdurchschnittlich viel zu Unterdrückung, Umweltzerstörung usw. beizutragen? Die Welt verändert sich, wenn Menschen etwas Abweichendes vom Bestehenden zum Ausdruck bringen: Widerständig, symbolisch oder experimentell. Wer das tut, läuft Gefahr, als SpinnerIn dazustehen in den Augen und in der Propaganda derer, die vom Normalen nicht genug kriegen können. Wer Rückgrat hat, wird spüren, dass das unumgänglich und bei genauerer Betrachtung eher ein Lob ist.
Kritik und Utopien unter www.herrschaftsfrei.de.vu.
- **Dominanzverhalten und Hierarchien abbauen**
Innerhalb von kleinen Gruppen bis hin zu den Führungskadern von Strömungen und Verbänden ist zur Zeit fast alles von starken formalen, Wissens- und Stellvertretungshierarchien durchzogen.

Das liegt auch daran, dass Wenige sich viel Know-how aneignen oder gerne im Namen von vielen auf den Bühnen dieser Gesellschaft posieren, während Viele sich wohl fühlen in der trägen Masse, die ohne eigene Ideen den Vorgaben hinterher läuft. Für Gegenentwürfe und konkrete Methoden siehe www.hierarchie.de.vu.

- **Selbstorganisation und Unabhängigkeit**
Wer am nächsten Tag arbeiten muss, kann viele Aktionen nicht mitmachen. Nach einigen Jahren wird er/sie auch gar nicht mehr über solche Aktionen nachdenken und sich Kreise suchen, die nur noch in den vorgegebenen Normen aktiv sind. Wer nicht ständig um seine Lebensbasis fürchten muss, kann anders agieren. Hilfreich sind Formen der Selbstorganisation im Leben und die Stärkung von Kooperation.
Anregungen unter www.alltagsalternative.de.vu.

Die genannten Themen spielen selten eine wichtige Rolle. Fragen dazu werden kaum gestellt oder diskutiert, bei gewaltfreien wie militanten Gruppen. Das Ergebnis ist verheerend – die meisten militanten wie auch die meisten gewaltfreien Aktionen sind platt, inhaltlich und methodisch langweilig. Militanz überzeugt zur Zeit selten, aber nicht wegen ihrer Gewalt, sondern weil die Gewalt primitiv ist, meist aus Hilflosigkeit resultiert und ohne Vermittlung daher kommt. Gleiches gilt für Mahnwachen, Latschdemos und Postkartenaktionen. Notwendig wäre eine deutliche Weiterentwicklung von Zielen, Visionen, Gesellschaftskritiken und Methoden von Aktionen plus Außenvermittlung. Trainings, Veröffentlichungen, Aktionsplattformen als Basisstationen für die unabhängige, selbstorganisierte Durchführung von Aktionen und vieles mehr können dazu beitragen. Wenn dann im Zuge politischer Kämpfe kreative, vermittlungsstarke militante und gewaltfreie Aktionen nebeneinander geschehen oder sogar intelligent miteinander verknüpft werden können – wer wollte sich darüber ärgern?